

Wöchentlich 6 Pfennig, monatlich 1 Reichsmark im voraus zahlbar. Einzelne Streifen im In- und Ausland 60 Reichsmark von Reich.

Der „Vorwärts“ mit der kultivierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Katerhaltung und Wägen“, „Aus der Bismarck“, „Stichtbeilage“, „Grünenblätter“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Trennung“ erscheint wöchentlich viermal, Sonntags und Montags ruhmlos.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
10. Februar 1928

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzipierung des „Vorwärts“ durch die Reichsregierung, die die „Vorwärts“ als „Reichsblatt“ bezeichnet, ist ein Verstoß gegen die Pressefreiheit. Jeder, der die Freiheit der Presse verteidigen will, muss sich gegen diese Konzipierung wehren. Die „Vorwärts“ ist ein Volksblatt, das die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Es darf nicht als „Reichsblatt“ bezeichnet werden, das die Interessen der Regierung vertritt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschekonto: Berlin 57536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassette Lindenstr. 9

Bericht vom Krisenschauplatz.

Zentrumsentscheidung auf heute mittag vertagt!

Eine Entscheidung auf dem Krisenschauplatz im Reichstag ist gestern nicht gefallen. Sie ist vertagt worden. Zunächst auf heute mittag — wie weit in Wirklichkeit, muß abgewartet werden. Die Berichte vom Krisenschauplatz lassen erkennen, wie sich die sterbende Koalition directionslos in letzten Krämpfen windet.

Interfraktioneller Ausschuss:

Heute nachmittag 4 Uhr wird die interfraktionelle Besprechung über das Schulgesetz wieder aufgenommen.

Die Deutschnationalen:

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Die deutschnationale Volkspartei hält nach wie vor die Erledigung des Reichsschulgesetzes nicht nur für politisch notwendig, sondern die Beseitigung der Differenzpunkte für durchaus möglich. Einem Ausschub der Entscheidung werden die Deutschnationalen nicht zustimmen. Graf Westarp wird noch in dieser Woche den interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstags einberufen, um die endgültige Klärung herbeizuführen.“

Die Deutschnationalen erleiden einen Energiesturz — weil sie die dauernde Angst vor den kommenden Wahlen einfach nicht mehr aushalten — und ihre Angst beherrscht die Stunde.

Die Deutsche Volkspartei:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei besprach die Lage des Schulgesetzes, ging aber ohne Beschlüsse auseinander, da sie erst das Ergebnis der Verhandlungen innerhalb der Zentrumsfraktion abwarten wollte.

Man wartet zunächst auf die anderen, hat nach die Sitzung des Reichsschulsausschusses der Volkspartei am kommenden Sonntag in Reserve — der Reserve des grundsätzlichen Rückfalls in letzter Minute — und läßt inzwischen müde die Köpfe hängen.

Das Zentrum:

Mitteilung des parlamentarischen Nachrichtenbureaus: „Die für heute nach der Vollziehung des Reichstags angelegte Fraktions-sitzung des Zentrums ist auf Freitag mittag vertagt worden, da die Beratungen des Vorstandes der Fraktion noch nicht abgeschlossen sind.“

Vorausfrage des dem Zentrum nahestehenden „Reichsdienst der deutschen Presse“:

„Kein sachliche Erwägungen führen nicht zu dem Ergebnis, daß es die Fraktion zu einem sofortigen Bruch der Koalition, zu einem Sturz der Reichsregierung und Neuwahlen kommen läßt. Nicht übersehen werden dürfen hierbei rein menschliche und allzu menschliche Erwägungen. Die Zentrumsabgeordneten, die als letzte auf den Wählerlisten gewählt wurden, wissen, daß ihre Wiederwahl infolge des Stimmungsumschwunges, der sich in einem beträchtlichen Teil der Zentrumswählerschaft zeigt, gefährdet ist. Ihre Stellungnahme in der Fraktions-sitzung ist

schwer zu erraten. Andere Zentrumsabgeordnete laufen Gefahr, nicht wiederum auf die Wählerliste gesetzt zu werden, wenn die Bestrebungen auf eine gründliche Erneuerung der Zentrumsfraktion Erfolg haben, wie sie sowohl von Dr. Birth wie auch von Stegerwald und Imbusch seit geraumer Zeit betrieben werden. Wer sich diese Gedanken ruhig durch den Kopf gehen läßt, kann sich über die Entscheidung der Zentrumsfraktion nicht im unklaren sein.“

Da rechnet ein jeder mit der Wahlangst des andern: die Volkspartei mit der Wahlangst von Zentrum und Deutschnationalen, die Deutschnationalen mit der von Volkspartei und Zentrum, und das Zentrum droht massiv, der „Deutsche“ redei heute schon von Märzahlen. Inzwischen aber hört man, Herr Marx und Herr Dr. Brauns wollen mindestens noch die Verabschiedung des Etats abwarten, Herr v. Gusrard wolle zwar sofortige Auflösung, habe aber die Mehrheit der Zentrumsfraktion nicht hinter sich...

Enthastung Schmellers aufgehoben.

Das Kammergericht gegen die Anordnung des Landgerichts.

Der vierte Strafsenat des Kammergerichts hat gestern den Beschluß des Landgerichts Frankfurt a. d. O., durch den die Enthastung des Landwirts Schmeller angeordnet war, aufgehoben und angeordnet, daß der Angeklagte zur Untersuchungshaft zu bringen ist.

Der Beschluß wird damit begründet, daß delingender Tatverdacht vorliegt und bei der Höhe der erkannten Strafe der Fluchtverdacht weder durch die Eintragung der Vormerkung für eine Sicherheitshypothek, noch durch die weiteren Ausführungen in dem Aufhebungsantrag ausgeräumt wird.

Straßenbahnkatastrophe.

Bei Diedenhofen. — 12 Tote, 34 Verletzte.

Paris, 9. Februar.

Sabas meldet aus Diedenhofen: Heute Abend hat sich in der Gegend von Diedenhofen ein Teil eines Straßenbahnzuges der Straßenbahngesellschaft Nord et Lorraine losgelöst und ist mit einem von Bahningen kommenden Straßenbahnwagen an einer Ueberführung zusammengestoßen. Bis 7 Uhr abends verzeichnete man zwölf Tote und vierunddreißig Verletzte, die in verschiedenen Krankenhäusern der Gegend untergebracht worden sind.

Der Straßenbahnführer ist verwundet worden, der Straßenbahnführer hat die Flucht ergriffen, er scheint irrsinnig geworden zu sein.

Der Abend

Spätausgabe des Vorwärts

Am 15. Februar erscheint die Abendausgabe des „Vorwärts“ in verdoppeltem Umfang und reich mit Illustrationen ausgestattet unter dem Titel „Der Abend, Spätausgabe des Vorwärts“.

„Der Abend“ soll den Charakter eines sozialdemokratischen Kampfblasses beibehalten, zugleich aber auch, den Wünschen der Berliner Parteigenossen entsprechend, das vielfach bunte Leben der arbeitenden Weltstadt Berlin in Text und Bild widerspiegeln.

Illustrierte Aufsätze historischen, naturwissenschaftlichen und sozialen Inhalts, spannende Erzählungen sollen der Aufklärung und der Unterhaltung der Leser dienen.

Ein ausführlicher Sportteil wird über das sportliche Leben, unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitersports, schnell und zuverlässig unterrichtet.

Die Berliner Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten an Stelle des bisherigen Abendblattes den „Abend“ zugestellt, ohne daß eine Erhöhung des Bezugspreises eintritt. Den Postabonnenten wird das Abendblatt in der neuen Form, aber mit dem alten Kopf geliefert.

Der Preis des „Abend“ beträgt im Strohhandel 10 Pf. Wir bitten unsere Freunde und Genossen, darauf zu achten, daß „Der Abend“ überall erhältlich ist und uns von auftretenden Mängeln sofort zu unterrichten. Darüber hinaus gilt es jetzt, alle Kräfte zu entfalten, um dem „Vorwärts“ mit seiner Spätausgabe, dem „Abend“, den ihm gebührenden Platz als dem Blatt der werktätigen Massen Groß-Berlins zu erobern.

In die Arbeit!

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Die Splitterparteien.

Rein doppeltes Recht für große und kleine Parteien.

Von Wilhelm Reil.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Behandlung der Splitterparteien bei den Wahlen hat zu einer lebhaften Debatte darüber geführt, ob es nicht möglich ist, dem Entstehen von Splitterparteien durch die Reichsgegesetzgebung Hemmnisse zu bereiten. Aufsätze von den sozialdemokratischen Abgeordneten Bernstein und Dittmann haben inzwischen namentlich bei der Volkspartei den Anschein erweckt, als ob im besonderen die Sozialdemokratie auf Wahlrechtsbeschränkungen sinne, die das Aufkommen neuer Parteien verhindern sollen. Die Presse der Sparer- und Kleinrentnerverbände hat diese Aufsätze bereits zum Anlaß lebhafter polemischer Ausführungen gegen die Sozialdemokratie genommen. Auch aus zahlreichen Zuschriften aus den verschiedensten Teilen des Reiches, von verarmten Sparern und Gläubigern, darunter nicht wenige Anhänger der Sozialdemokratie, ist zu ersehen, daß im Lande die Meinung herrscht, als sei die Sozialdemokratie eifrig bemüht, die sogenannten Splitterparteien durch neue gesetzliche Vorschriften zu erdroffeln.

Es scheint deshalb geboten, nachdrücklich zu betonen, daß diese Meinung irrig ist. Jegendwelche Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei oder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dieser Frage liegen bis jetzt nicht vor. Gelegentliche Besprechungen haben ergeben, daß, wie in anderen Fragen, so auch in dieser Reinigungsverschiedenheiten bestehen. Niemand aber denkt daran, durch Änderung der Verfassung oder des Wahlgesetzes die Bildung neuer Parteien oder die Entwicklung bestehender kleiner Parteien zu unterbinden. Einigkeit besteht in der Sozialdemokratie darüber, daß wir am allerwenigsten Anlaß haben, den Kampf gegen die Splitterparteien aufzunehmen, denn die Sozialdemokratie wird in ihrer Stärke und Werkkraft durch keine der auftauchenden Splitterparteien bedroht.

Die Abgeordneten Bernstein und Dittmann haben darin durchaus recht, daß in einem parlamentarisch regierten Staate bei den Wahlen der Gesichtspunkt der Mehrheit und Machtbildung von entscheidender Bedeutung ist. Es ist daher unerwünscht, daß die Zahl der Parteien immer größer wird und die Vielheit der kleinen Parteien und Gruppen die Machtverhältnisse sich immer unübersichtlicher gestalten. Die Erfahrung lehrt auch, daß diese kleinen Gruppen in den Parlamenten in der Regel einen sehr geringen Einfluß ausüben. Sachkundige Männer werden mit der Vertretung berechtigter Forderungen im Kreise einer großen Partei sehr viel mehr erreichen, denn als Führer einer kleinen Gruppe. Sehr ernstlich zu überlegen ist aber, ob gesetzliche Maßnahmen zur Erschwerung der Bildung kleiner Parteien ratsam sind.

Parteien werden und vergehen! Aus kleinen und kleinsten Parteien sind große geworden, aus großen werden kleine. Eine Partei, die in dem einen Gebiet des Deutschen Reiches die mächtigste von allen ist, kann in einem anderen Gebiet eine einflussreiche Splitterpartei sein. Eine Partei, die gestern einen maßgebenden Einfluß auf die Landes- oder Reichspolitik ausübte, kann morgen von einer neuentstandenen „Splitterpartei“ an Mitgliederzahl und Einfluß überholt sein. Eine der kleinen Parteien, die den Anlaß zu dieser Auseinandersetzung gegeben haben, ist die schon erwähnte Volkspartei, die von den Organisationen der durch die Reichsgegesetzgebung enteigneten Sparer und Gläubiger ins Leben gerufen wurde. Diese Partei hat bei Gemeinde- und Landtagswahlen gewisse Erfolge erzielt, den relativ größten wohl bei den Hessischen Landtagswahlen, bei denen sie den Deutschnationalen die Hälfte der Stimmen wegnahm und eine große Anhängererschaft erzielte als diese. Nach diesem Wahlergebnis kann man unmöglich die Volkspartei als „Splitter“ und die Deutschnationalen als alle große Partei bezeichnen und behandeln.

Der Volkspartei ist vorgeworfen worden, daß sie nur eine Spezialfrage, die mit jedem weiteren Jahr an Bedeutung verliere, der Lösung entgegenführen wolle. Daran ist etwas Wahres. Wer sich aber in die Seele eines Menschen zu versetzen vermag, der früher ein behagliches Dasein führte und nun durch einen Akt der Gesetzgebung buchstäblich an den Bettelstab gebracht worden ist, wird verstehen, daß das Geistesleben dieses um die völlige oder teilweise Wiederherstellung seines Eigentumsrechts kämpfenden Menschen sich nicht lediglich um „individualistische Besonderheiten“ dreht, daß er vielmehr das ganze Staats- und Gesellschaftsleben im Lichte seiner traurigen Erfahrungen sieht. Das soll nicht heißen, daß das Auftreten der verarmten Sparer und Gläubiger als besondere Partei bei den politischen Wahlen zu begrüßen oder gar zu unterstützen wäre. Diese bedauernden Volksschichten würden sicher mehr erreichen, wenn sie sich im Rahmen der Parteien betätigten, die selber für ihre Interessen eingetreten sind. Aber wir haben kein Recht, die Entwicklung einer solchen Partei zu unterbinden. Jeder Versuch dieser Art müßte sich auswirken zu einer Erdröpfung aller neuen politischen Ideen und zur

sterilisierung des Parteilebens der Gegenwart.

Richtig ist, daß das gegenwärtige Wahlverfahren mit dem amtlichen Einheitsstimmzettel die Bildung neuer Parteien erleichtert und fördert. Es braucht nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe Gleichgesinnter einen Wahlvorschlag einzubringen, der dann auf Staatskosten mit den übrigen Wahlvorschlägen gemeinsam gedruckt und den Wählern in die Hand gegeben wird. Das kann zu Mißbräuchen führen. Vereinigungen, die mit staatspolitischen Fragen nichts zu tun haben, ist es auf diese Weise leicht gemacht, sich als selbständige Partei an dem großen staatspolitischen Akt der Parlamentswahl zu beteiligen. Den Einheitsstimmzettel will aber keine Partei preisgeben. Gibt es eine andere Möglichkeit, solchen Mißbrauch vorzubeugen, so mag das geschehen. Es darf aber nicht geschehen durch eine platonische Vorschrift, die das Recht der Einreichung eines Wahlvorschlags von einer Bezahlung abhängig macht, oder durch eine Vorschrift, nach der zur Gültigkeit eines Wahlvorschlags eine unverhältnismäßig große Zahl von Unterschriften erforderlich ist. Soweit es sich um Vereinigungen oder Parteien mit ernsthaften politischen Bestrebungen handelt, darf kein Unterschied gemacht werden zwischen kleinen und großen, alten und neuen Parteien.

Die Sozialdemokratie war einst eine sehr kleine Partei. Als sie heranwuchs und in der großen Mehrzahl der Wahlkreise als Minderheitspartei Stimmen erzielte, die auf die Mandatsverteilung ohne Einfluß blieben, forderte sie die Proportionalwahl, um ihre Stimmen im ganzen Reiche zusammenzählen und die entsprechende Zahl von Vertretern in den Parlamenten beanspruchen zu können. Es wäre eine Verleugnung unserer eigenen Vergangenheit, wollten wir diesen Vorzug des nunmehr erreichten Proportionalverfahrens heute den kleinen Parteien verweigern oder beschränken. Daran denkt kein Sozialdemokrat. Das einzig Zulässige und letzte Ende auch wirksame Mittel gegen das Ueberwuchern der Splitterparteien besteht in der wirksamen Vertretung der berechtigten Interessen aller Entschieden und Ausgebildeten und in der politischen Erziehung der Wählerschaft zum Verständnis für den demokratischen Staatsgedanken.

Die Aufgeregten.

Marx, Luther, Preußentasse und „Germania“.

Nach dem Vorbild der „Deutschen Tageszeitung“ hält es die „Germania“ für nötig, die Besprechungen des Herrn Reichsanwalt Marx über den Plan, Herrn Luther zum Präsidenten der Preußentasse zu pouffieren, abzuleugnen, und obendrein von einem „Lügengemebe des „Vorwärts“ zu reden, das „endgültig zerrissen“ sei. Die Redaktion der „Germania“ stellt sich, als ob sie das „Dementi“ des preußischen Pressedirektors nicht lesen könne.

Die „Germania“ hat sich in der letzten Zeit häufig über den „Vorwärts“ aufgeregt, und der Grad ihrer Aufregung steigert sich täglich. Woran liegt das? Die Sozialdemokratie hat sich nicht geändert — eher könnte man das vom Zentrum behaupten. Ebenfalls hat sich die Redaktion des „Vorwärts“ geändert — wohl aber die Redaktion der „Germania“, und zwar gründlich.

Die Redaktion der „Germania“ wird hoffentlich einem Fernsprecher belügen. Wir empfehlen ihr, ihn zu benutzen und sich zu erkundigen, ob bei uns Lügen gemeint werden.

Im übrigen, nichts Irreführender, als häuslichen Streit zu leugnen, dessen Vorn bereits die Deffinitivität im Bandtage erfüllt, und um Tatsachen herumzureden, die man mit Dementis nicht aus der Welt schafft. Von solchen Dingen schweigen die Beteiligten besser, wenn die Deffinitivität davon redet.

Amnestie in Norwegen.

Die letzte Tat der Arbeiterregierung.

Oslo, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung wird vor ihrem Rücktritt, der am Freitag beschlossen werden soll, noch eine umfassende Amnestie für politische Gefangene erlassen.

Der britische Bergbau stockt.

Sozialistische Anklage im Parlament.

London, 9. Februar.

Im Unterhaus brachte Henderson den Änderungsantrag der Arbeiterpartei zur Anwartschaft auf die Thronrede ein. Der Antrag betont, daß die Thronrede keinerlei Maßnahmen erwähnt, um die Arbeitslosigkeit besonders im Bergbau und in den übrigen Schlüsselindustrien zu bekämpfen. Die Lage in der Bergwerksindustrie, führte Henderson aus, ist so wie noch nie, ein Fünftel unserer Arbeitslosen sind Bergarbeiter. Die Annahme des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit hat 100 000 Bergleute zum Feiern gezwungen, und es ist Pflicht der Regierung, dieses Gesetz sofort rückgängig zu machen. Solange das nicht geschehen ist, wird man in den Bemühungen, die guten Beziehungen zwischen den Bergleuten und ihren Arbeitgebern wiederherzustellen, kaum Fortschritte erzielen. Die Regierung, schloß Henderson, sieht mit gekrümmten Armen zu, wie eine der wichtigsten Schlüsselindustrien in Trümmern fällt.

Friedensversuch in Mexiko.

Angebliche Vermittlung Nordamerikas.

Washington, 9. Februar.

Die „Herold and Tribune“ meldet, werde angeblich versucht, den Streit zwischen der katholischen Kirche und der mexikanischen Regierung zu schlichten, um das religiöse Leben in Mexiko wieder zu ermöglichen. Der nordamerikanische Botschafter in Mexiko würde in diesem Falle seine Vermittlung anbieten, um Besprechungen zwischen Vertretern des Staates und der Kirche herbeizuführen.

U-Boot-Verbot? Die Ferns-Widers-Armierung hat von der britischen Admiralität einen Auftrag für vier U-Boote erhalten.

England für Rheinlandräumung.

Falls eine Vereinbarung möglich ist. — Keine isolierte Zurückziehung der englischen Truppen.

London, 9. Februar.

Im Unterhaus wurde heute die Regierung gefragt, ob sie angesichts der Tatsache, daß die französisch-deutsche Grenze durch den Locarno-Vertrag garantiert werde, die baldige Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland erwägen wolle.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Rotherham, erwiderte, daß von einer isolierten Zurückziehung der britischen Truppen nicht die Rede sein könne. Das würde seiner Meinung nach unter den gegenwärtigen Umständen niemand zum Vorteil gereichen. Die allgemeine Räumung des Rheinlandes vor dem im Verträge von Versailles niedergelegten Termin könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Regierung sein. Falls ein derartiges Abkommen möglich sei, würde die britische Regierung dies sehr begrüßen. In diesem Zusammenhang möchte er sich auf die Reden beziehen, die kürzlich von dem deutschen und dem französischen Außenminister in dieser Frage gehalten worden seien.

Eine neue Rede Boncour's.

Für internationale Kontrolle — aber nur auf Gegenseitigkeit

Paris, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hielt am Mittwochabend im Sénat eine Rede, in der er das Rheinlandproblem stellte und seine bisher vertretenen Gedanken über eine internationale Kontrolle der Grenzregionen, wenn auch auf Gegenseitigkeit, aufrechtstellte.

Bei den kommenden Wahlen, so führte Boncour aus, müßten die Wähler nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern fundieren, was sie vom Völkerverbund erwarten. Die Reaktion sei überall am Werke und versuche die alten diplomatischen Ränke mit ihren Geheimverträgen wieder einzuführen. Sie lehne die Schiedsgerichtsbarkeit ab oder wolle sie zum mindesten beschränken, um sich die Möglichkeit einer Kriegsführung offen zu halten. Sie wolle auch keine internationale Kontrolle zulassen, ohne die jeder allgemeine Abrüstungsvertrag zwischen den Nationen eine Täuschung bleiben müsse. Gegen die finsternen Bestrebungen wende sich das Programm des internationalen Sozialismus, der die allgemeine und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ohne Ausnahme und Vorbehalte fordere, sowie die Unterstützung der angegriffenen Nation, so daß die Staaten im Vertrauen auf die Kräfte aller ihrer eigenen Armeen auf das Minimum herabsinken könnten.

Paul Boncour betonte dann nochmals, daß ohne internationale Kontrolle ein dauernder Friede unmöglich sei. In dieser Hinsicht erhebe sich der heftigste Widerstand wegen der angeblichen Beschränkung der nationalen Souveränität, aber ohne solche Beschränkung könne es keinen wirksamen

Völkerverbund geben. Die sozialistischen Parteien könnten in allen Ländern zu dieser Frage offen Stellung nehmen, da nur mit Hilfe des Sozialismus ein wahrer Friede voll verwirklicht werden könnte.

Man wird diesen Ausführungen des Genossen Paul Boncour nur beipflichten können. Die Frage ist allerdings, ob eine internationale Kontrolle auf Gegenseitigkeit, so wie heute die politischen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern liegen, praktisch erreichbar ist. Wir müssen es leider bezweifeln. Als Ziel ist die gegenseitige internationale Kontrolle der Abrüstung von den Sozialisten unbedingt hochzuhalten, und deshalb ist auch dieser Gedanke in die Luxemburger Resolution seinerzeit aufgenommen worden. Andererseits kann man natürlich nicht die Abrüstungsverträge davon abhängig machen, daß die internationale Kontrolle vorher von allen Staaten akzeptiert werde. Denn da England, Italien und Amerika, um nur drei von den wichtigsten Rüstungsländern zu nennen, einer gegenseitigen Völkerverbandskontrolle der Abrüstung kaum ihre Zustimmung geben dürften, so hieße es, die Abrüstungskonferenz selbst auf unbestimmte Zeit vertagen. Darin würde für den Gedanken des Völkerverbundes eine viel größere Gefahr liegen: aus Angst davor, daß die Abrüstung zu jener Täuschung werde, vor der Boncour warnt, würde man den Völkern die noch schlimmere Enttäuschung bereiten, daß auf dem Gebiete der Abrüstung nichts geschieht!

Die Rechtspresse schweigt — nur die „Börsenzeitung“ blamiert sich.

Während die deutschsprachige Presse die ersten Äußerungen Paul Boncour's über die Luxemburger Resolution in größter Aufmerksamkeit mit geschäftigen Kommentaren gegen die deutsche Sozialdemokratie wiedergegeben hatte, verschweigt sie natürlich die von allen Telegraphenagenturen gemeldete Antwort des französischen Parteivorstandes auf den Brief des Genossen Weiss. Ebenso hatte sie die bereits gemeldeten Äußerungen des Genossen Léon Blum im „Populaire“ zurückgeschwiegen, aus denen die volle Uebereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Parteileitung klar hervorging. Das wundert uns nicht, da wir an die unanständige Kampfesweise der reaktionären Presse nachgerade gewöhnt sind.

Nur ein deutschsprachiges Blatt registriert die Antwort des französischen Parteivorstandes. Das ist die „Berliner Börsenzeitung“. Die Bemerkungen, die sie daran knüpft, zeugen aber von erschreckender politischer Ignoranz. Sie meint, dieses Bestimmen der Sozialisten zur sofortigen Räumung ohne Bedingungen sei bedeutungslos, denn die Radikalsocialisten dächten darüber anders. Von diesen Genossen sprächen die deutschen Sozialdemokraten nicht. Der Parteipolitiker der „Börsenzeitung“ weiß also nicht einmal, daß die sogenannten „Radikalsocialisten“ eine bürgerliche Linkspartei sind! Mit politischen Analysen haben sie zu diskutieren, lohnt sich wirklich nicht.

Preußens Wohlfahrtsetat.

0,24 Prozent der Gesamtausgaben.

Der Landtag begann am Donnerstag mit der zweiten Sitzung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt. Zunächst steht der Abschnitt „Volkswohlfahrt“ zur Beratung, für den insgesamt 8,2 Millionen Mark in den Etat eingestellt sind. Schon der Berichterstatter, der Zentrumsabgeordnete Dr. Stemmer, wies darauf hin, daß die Mittel zur Hebung der Volkswohlfahrt völlig unzulänglich sind. Sie betragen insgesamt 0,24 Prozent der Staatsausgaben und mit ihnen steht Preußen in der Reihe der kapitalistischsten Kulturstaaten erst an zwanzigster Stelle, sogar noch hinter Spanien.

Was der Wohlfahrtsminister Hirtfelder über den Gesundheitszustand in Preußen und über die Bevölkerungsbewegung in langer Rede zu berichten mußte, ergab denn auch ein recht trübes Bild. So ist die Zahl der Erkrankungsfälle bei den meisten ansteckenden Krankheiten gestiegen und auch die beim Kindbettfieber tödlich verlaufenden Fälle haben erheblich zugenommen, was die Sachverständigen den Abstrichungen zuschreiben. Zum Glück haben sich jedoch die Befürchtungen in bezug auf eine weitere Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit nicht bestätigt, denn diese ist um ein geringes zurückgegangen. Dagegen ist die Gesamtsterblichkeit von 11,6 auf 10,0 im Jahre 1926 auf 12,8 im ersten Halbjahr 1927 gestiegen. Auch das Sinken der Geburtenziffer, nach Meinung des Ministers auf Wohnungsnot und wirtschaftlichen Druck zurückzuführen, eröffnet recht trübe Aussichten. Leider habe der Finanzminister im Hinblick auf die schlechte Finanzlage seinen Bestrebungen auf Erhöhung der einzelnen Posten der Reduzierung bis jetzt Widerstand entgegengesetzt.

Für die sozialdemokratische Fraktion nahm nach dem Minister die Abg. Frau Kunert, Berlin, das Wort. Sie schilderte besonders die traurige Lage der Heimarbeiter im Eichsfeld und im Waldburger Industriegebiet. Mit ihrem Ausspruch, daß das soziale Elend der Lohnabhängigen eines Volkes sei, fand sie die volle Zustimmung der Linken. Insbesondere beschäftigte sich die Rednerin, deren schlichte und einfache Ausführungen das Haus fesselten, mit der Frage der Abtreibungen, die noch angestellten Berechnungen die erschreckend hohe Zahl von 43 800 erreicht haben. Leider habe der Minister im Ausschuss erneut seine Gegnerschaft gegen den weiteren Ausbau der Beratungsstellen bekundet. Das würde jedoch die sozialdemokratische Fraktion nicht hindern, weiter bahnbrechend auf diesem Gebiete zu wirken und insbesondere eine Erhöhung der Mittel zur Hebung der Volkswohlfahrt zu verlangen.

In der Debatte führte die deutschsprachige Freifrau v. Batter den Geburtenrückgang auf den mangelnden Sinn für das Familienleben zurück. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Fehlbender behandelte die Frage der Volksernährung und bezeugte sich über Körpergröße, die heute noch ebenfalls rückständig seien wie zu Lebzeiten, und der Volksparteiler Dr. Böhm war der Auffassung, daß diese Regierung überhaupt nichts zur Hebung der Volkswohlfahrt tun

könne. Der Kommunist Gehrman, Rathenow, zog eine Parallele zwischen Preußen und Sowjetrußland, wobei er die Verteilung machte, daß in Rußland eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen sei und daß die Zahl der Abtreibungen, obwohl dort völlige Freiheit in dieser Beziehung herrsche, bis auf ein Minimum zurückgegangen ist.

Hierauf wurde die Debatte abgebrochen und auf Freitag, den 10. Februar, vertagt.

Der Schutz der Rechtspflege.

Der Strafgesetzschausschuß berät: „Falsche Anschuldigung“ und „Fälschung mit Beweismitteln“.

Der Strafgesetzschausschuß des Reichstages beriet gestern die zum Schutze der Rechtspflege vorgeschlagenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Dabei kam es bei der Beratung des § 192, der die falsche Anschuldigung betrifft, zu einem interessanten Zwischenfall.

Genosse Landsberg hatte bei Begründung eines sozialdemokratischen Verbesserungsantrages davon gesprochen, daß kein Angeklagter die Pflicht habe, sich selbst zu belasten, und er sprach in diesem Zusammenhang von einem Recht auf Lüge.

Abg. Emwinger erwiderte ihm, daß es verwunderlich sei, daß gerade ein Sozialdemokrat von einem Recht auf Lüge spreche, da er gerade als Staatsanwalt die Erfahrung gemacht habe, daß vor Gericht nur belästigte Bourgeois Lügen vorbrächten, aufrichtige Arbeiter aber die Wahrheit sagten.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und der im Entwurf vorgeschlagene § 192 angenommen.

Zu § 193, der von der Fälschung mit Beweismitteln handelt, begründeten die Genossen Rosenfeld und Saenger einen Verbesserungsantrag, der aber auch von allen Vertretern der Regierungsparteien abgelehnt wurde. Auch § 193 wurde nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Die Fortsetzung der Beratung am Mittwoch.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Stellungnahme zum Reichswehretat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßte sich am Donnerstag mit dem Reichswehretat. Sie beschloß, ähnlich wie im Vorjahre zu den einzelnen Positionen Anträge auf bestimmte Kürzungen zu stellen. Diese Anträge betragen bei der Reichswehr 50 Millionen Mark und bei der Marine 40 Millionen Mark.

Die Waffe der Monarchisten.

Gesellschaftliche Achtung der Republikaner — selbst in Behörden der Republik!

Zuspätschende Tatsachen darüber, was Monarchisten noch im zehnten Jahre der Republik sich herausnehmen dürfen — nicht zuletzt dank der Milde, die die Republik nach rechts hin zu üben nicht müde wird —, brachte der geführte Vortragsabend der Vereinigung „Republikanische Presse“ zu Gehör.

Es sprach zunächst der ehemalige Berufsoffizier und jetzige Schriftsteller Dr. Sosa v. Müller, der als Sohn des Chefs des kaiserlichen Marineministeriums viel erfahren, aber auch selbst genug von der Rache seiner Standesgenossen erlebt hat.

Er ging von dem bekannten Fall Hasso v. Trescow aus, um dann zu sagen: Gar nicht so weit östlich von Berlin herrscht teilweise noch das Mittelalter. „Denken ist Blödsinn, Strammheit Mannesragend“ ist heute noch der maßgebende Grundsatz des Dumkartums. Viele alte Generäle, denen die Pension der Republik einen sorgenfreien Lebensabend bereitet (der den unzähligen Proletariats- und Inflationsopfern fehlt. Red. d. B.), sollten doch Takt genug haben, um nicht länger durch die Offiziersvereine, Ehrenräte ufm. Terror gegen die Jugend und die neue Zeit zu üben. Die Hege unter den Eltern hat auch die Schuljugend schon ergriffen, so mußten die Kinder des Polizeiobersten Lange Schule bzw. Stellung auf dem Lande verlassen, als bekannt wurde, daß ihr Vater der „Vollschweißhund“, nämlich der republikanische Polizeichef von Mecklenburg-Schwerin war. General v. Deimling wird, seitdem er 1924 mit Fehrenbach und Löbe eine Verfassungsfeier abhielt, von den vielen Pensionsbezieher der Republik in Baden-Baden nicht mehr begrüßt, selbst Zirkulanten nicht, die mit ihm gehen, und Damen dieser Schicht danken nicht für den Gruß des ehemaligen kommandierenden Generals!

Viele Regimentsvereine haben durch monarchistische Kundgebungen die eingeladenen Reichswehroffiziere in so peinliche Situationen gebracht, daß von da aus scharfe Kritik eingefleht hat und vielleicht Besserung kommen kann. Auf dem Lande aber ist noch mit zunehmendem Terror gegen Republikaner zu rechnen, besonders auch bei den Wahlen. Ist doch der Landwirt Schulz im Kreis Königsberg (Neumark), der gegen die Teilnehmer an der Volksabstimmung über die Fürstentümernung schamlose Bedrohungen erteilt, zwar angeklagt, aber ungeachtet des Staatsanwaltsantrags auf zwei Monate Gefängnis freigesprochen worden!

Major a. D. Unter: Kur in Deutschland wird die politische Gesinnung moralisch und gesellschaftlich klassifiziert. In sehr vielen Fällen verschweigen Beamte und andere ihre republikanische Gesinnung nur ihrer Frau zuliebe, die sonst der Rache der „Damen“ ausgesetzt wäre. Den deutschen Republikanern fehlt vielfach noch der freudige Stolz auf ihre Gesinnung.

Meht republikanischer Stolz

und der Kontakt der Gegner wird zusammengeschoben; mehr Erinnerung daran, daß das Streben nach deutscher Einheit und Zusammenfassung aller deutschen Stämme demokratische Gedanken waren.

Polizeioberst a. D. Lange berichtete humorvoll von seinen Erlebnissen in Mecklenburg-Schwerin, wo schon der Streikler als Ausländer angesehen wird. „Als ich hinging, dachte ich als alter Reuterkennner, da würde ich lauter Bräutige und Habermänner treffen — aber mir schien nachher, der einzige Bräutigam war Reuter selbst; dafür haben sich die Pommeselstöpfe gemaltig vermehrt und denen hat die Rechte ihre Wählerfolge zu danken. Die Republik aber müßte sich der Opfer des Bogtats mehr annäheren.“ (Beifall)

Nun sprach ein preußischer Regierungsassessor über das, was er bei der Regierung in Arnberg erlebt hat. Von den 12 000 Einwohnern dieses Städtchens sind fast die Hälfte Regierungsbeamte und deren Angehörige. Es gibt dort Gastwirtschaften für jede Besoldungsgruppe besonders. Als Minister Seevering vor wenigen Jahren ein neues Amtsgebäude einweihte, war in ganz Arnberg keine republikanische Fahne zu sehen, dafür aber an dem Hotel, worin der Regierungsmittagsstisch lagte, eine große schwarzweiße; deren Entfernung erzwang der Assessor durch energischen Zuspruch an den Wirt — dafür wurde er von den meisten Beamten honoriert, man verzettelte und permelgerte seine Aufnahme ins Kasino, ja

als der Assessor 1926 in der Presse zur Verfassungsfeier auf-forderte, verbot ihm der deutschnationale Regierungsvizepräsident die weitere Teilnahme am Regierungsmittagsstisch.

Dieser Vizepräsident ist seither infolge Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden, der Assessor aber wurde ins Rheinland versetzt.

Ein Redner erzählte von der Vorstellung eines Regierungsassessors bei einem ostpreussischen Landrat. Der fragt ihn, ob er denn bei einer Studentenvereinsfeier aktiv gewesen sei, und als er die Antwort erhielt, bei einem katholischen Studentenverein, ist das für ihn gleich Fehlschlag. Dann sagte er dem Neuen, Demokraten und Republikaner würden ins Kasino nicht aufgenommen — wie das bei Zentrum sei, wisse er nicht, den Fall habe man dort nicht gehabt. Der Neue: „Ich gehöre dem Zentrum gar nicht an.“ Der Landrat: „Tragen Sie rote Unterhosen?“ — ??? — „Ja ja, sind Sie vielleicht so einer vom linken Zentrumslügel?“

Unter den weiteren Rednern war auch Genosse Scheidemann, der u. a. auf den schon vor Jahrzehnten üblichen Bontott gegen sozialistische Arbeiter hinwies, unter dem er selbst als Buchdrucker unter dem Sozialistengesetz zu leiden gehabt hat. Scheidemann erinnerte bei Besprechung der Reichswehrtrage daran, daß die Mah-regelung antirepublikanischer Erfolge wegen der „Lüchlichkeit“ der Betroffenen unterblieben sei, wie man denn auch die vermittelnde

wirkungsfähige Mäßigbeförderung von Mißbrauchern der Justiz noch immer nicht anwendet. Die Republik müsse endlich ihre Rechtsmittel energisch gebrauchen.

Helmuth v. Gerlach: Wollte ich von meiner Bontottierung erzählen, so würde ich an einem Abend nicht damit fertig. Eine Ausnahme gab es nur, als ich in der Revolution Staatssekretär im Innenministerium war; damals kamen Korpsbrüder und andere alte Bekannte, die ich 20 Jahre nicht gesehen hatte, zahlreich zu mir und boten mir gleich das brüderliche Du an. — Republikanische Beamte, die solches erleben, wie hier berichtet wurde, müssen geeignete Abgeordnete sofort unterrichten. Behenkt man, daß nur ein geringerer Teil der Bontottfälle bekannt wird und weiß man, was für Märtyrer der Republik als Beamte, Lehrer ufm. einsam auf dem Lande sitzen, so möchte man zum republikanischen „Scharfmacher“ werden. (Beif. Beifall)

Wiederholt ist in dieser Versammlung dem Reichshannover Schwarzringold rühmend nachgelobt worden, daß sein Aufstreifen den Republikaner auf dem Lande zur Stütze geworden ist. Vetter war der frühere kaiserliche Hofmarschall Graf Zedlig-Trüschler, der als Redner angekündigt war, verhindert zu erscheinen.

Die Einigkeit im Bürgerblock.



„Und in diesem Zustand sollen wir nun vor unsere Wähler treten!“

Reichstag und Mieterschutz.

Alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge im Reichstag abgelehnt.

Der Reichstag setzte gestern die Mieterdebatte fort. Der Antrag Bipinski (Soz.), den § 1 des Mieterschutzgesetzes in seiner bisherigen Form bestehen zu lassen, der die Aufhebungsfrage, aber kein Kündigungsverfahren vorzählt, wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 145 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Volksischen und Nationalsozialisten abgelehnt.

Auch kommunistische Abänderungsanträge zu § 1 werden abgelehnt, desgleichen kommunistische und sozialdemokratische Anträge zu den übrigen Paragraphen der Vorlage.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Bipinski (Soz.), der auch noch Veräußerung des Widerpruchs gegen die Kündigung durch den Mieter die gerichtliche Nachprüfung der vom Vermieter geltend gemachten Kündigungsgründe zulassen und die Weigerung des Mieters, die Wohnung zu räumen, als Widerspruch gelten lassen will, mit 163 gegen 154 Stimmen abgelehnt.

Die erste Hälfte des Gesetzentwurfs, die das Kündigungsverfahren an Stelle der Aufhebungsfrage einführen will, wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. In der Einzelberatung des Restes der Vorlage dringt

Abg. Jork (Soz.)

eine Reihe von Anträgen ein. Er führt aus, daß die Sozialdemokratie im Ausschuss eine Reihe weiterer Abänderungsanträge eingebracht hat, die von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden, trotzdem sie im Interesse der Mieter lagen. Es wird sich jetzt zeigen, ob die bürgerlichen Parteien auch im Plenum diese Anträge ablehnen werden. — Zum § 2 beantragt die Sozialdemokratie, daß auch die soziale Notlage berücksichtigt wird, wenn der Mieter wiederholt mit der Mietzahlung im Rückstande geblieben ist, und daß das nicht als böswilliger Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen angesehen wird. Bei den Gewerbetreibenden muß auf den schlechten Geschäftsgang und auf mangelhafte wirtschaftliche Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Im § 4 beantragt die Sozialdemokratie die Wiederherstellung des Abs. 4, damit nicht jeder, der ein Grundstück erwerbt, ohne weiteres die Gewerbetreibenden hinauswerfen kann. Wir beantragen weiter, daß Ateliers von Künstlern als gewerbliche Räume gelten sollen, denn auch die Künstler müssen vor Willkür der Hausbesitzer geschützt werden. Im § 6 wünschen wir für den ersten Absatz eine andere Fassung, wonach die Zwangsversteigerung abhängig sein soll von der Stellung eines angemessenen Ertrages. Wir haben festgestellt, daß sehr häufig Mietern gekündigt und die Vollstreckung durchgeführt worden ist, ohne daß angemessene Ertragsräume zur Verfügung gestellt wurden. In Sten-dal hat der Bürgermeister sogar erklärt, daß man auf solche Art an besten die Vermögenslosigkeit habe, solche Mieter zur Räumung zu veranlassen, die als sozial zu betrachten seien. Sie würden dann von selbst vernünftig werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Zu § 29 Abs. 3 wollen wir eine Bestimmung angefügt wissen, wonach die Untervermietung eines Teiles der Wohnräume allgemein zulässig sein soll. Der Hausbesitzer darf in solchem Falle nicht das Recht haben, gegen den Mieter vorzugehen. Im § 32 Abs. 4 muß bestimmt werden, daß zu den Körperschaften öffentlichen Rechts auch die Deutsche Reichsbahngesellschaft gehört. Wir beantragen ferner die Streichung der §§ 34 und 35. Im Ausschuss haben Vertreter der Großindustrie zur Begründung dieser Paragraphen die Auffassung vertreten,

daß es den Arbeitern aus dem Kachener Bezirk unmöglich gemacht werden solle, in Holland zu arbeiten, aber desfalls der Steuern zu wohnen.

Auch das Zentrum hat unbegreiflicherweise diese Auffassung geteilt. Wir wenden uns dagegen, einmal aus dem Grunde, weil Frauen von den Bestimmungen gar keinen Gebrauch gemacht hat, und zweitens, weil sie zur Zeit der Inflation geschaffen worden sind, wo ganz andere Verhältnisse waren. Die Arbeiter aus dem Kachener Bezirk sollen nur gezwungen werden, in Deutschland zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

Diese Paragraphen gehören zu den Teilen des Gesetzes, von denen ein Vertreter des Reichsarbeitsministers im Ausschuss gesagt hat, daß sie gar keine Berechtigung mehr haben.

Für den § 49a wünschen wir eine Fassung, die den Verkauf von Wohnungen unmöglich macht. Die jetzt in dieser Beziehung herrschenden Zustände sind einfach unerträglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter beantragen wir auch die Streichung des § 52. Gerade dieser Paragraph beweist am besten, wie unerträglich bisher am Mieterschutz herumgedoktert worden ist. Er gibt den Ländern die Möglichkeit zur Forderung der Mieterschutzgesetzgebung. Die Aufrechterhaltung des Paragraphen wurde im Ausschuss damit bearbeitet, daß die Verhältnisse im Reich vertrieben seien und daß daher den Ländern die Möglichkeit zur Forderung des Mieterschutzes gegeben werden müsse. Es ist dabei besonders auf Württemberg hingewiesen worden, wo es angeblich keine Wohnungsnot mehr gebe. Der Redner zeigt an einigen Beispielen, daß tatsächlich gerade in Württemberg noch unerträgliche

Zustände im Wohnungswesen herrschen, daß dort Mieter in Unterküsten hausen, die geradezu als Brutstätten der Tuberkulose bezeichnet werden müssen. (Hört, hört! bei den Sozialdem.)

Die Politik der Regierungsparteien ist im Ausschuss und auch jetzt bei den Verhandlungen immer wieder darauf ausgegangen, die Wohnwirtschaft zugunsten der Vermieter und zumungunsten der Mieter umzuändern. In einem Punkt geben wir dem Minister Herget recht, daß unbedingt gebaut werden müsse. Als wir aber unseren Antrag auf Vorlage eines Bauprogramms und die Bereitstellung von Mitteln zu seiner Durchführung stellten, erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, man könne die Wohnwirtschaft nicht mit dem Potsdamer Exzerzierplatz vergleichen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1928 könnten nur 200 Millionen Mark für den Bau von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Bisher ist auch nichts darüber hinaus zur Förderung des Wohnungsbauwesens geschehen, es wurde lediglich zur Prüfung der Verhältnisse ein Unterausschuss eingesetzt.

Gegenüber dem kommunistischen Abg. Koenen, der die sozialdemokratische Regierung in Braunenschweig angegriffen hat, weil sie angeblich nichts für den Wohnungsbau getan habe, stellt der Redner fest, daß dort bereits 7 1/2 Millionen Mark für den Wohnungsbau bereitgestellt wurden und daß es eine der ersten Taten der Regierung war, die von der Stahlhelmregierung erlassene Verordnung zur Änderung der Wirtschaft für gewerbliche Räume wieder rückgängig zu machen. Die Behauptung des Abg. Jorken von der Wirtschaftspartei, daß die Sozialdemokratie die Mieter gegen die Hausbesitzer aufhebe, weisen wir auf das entschiedenste zurück. Wir wissen sehr gut, daß man die Hausbesitzer nicht in Pausen und Bogen verurteilen darf.

Wir wissen genau, daß es eine Menge von Hausbesitzern gibt, die wirtschaftliche Not leiden. Aber wir wehren uns dagegen, daß dem Teil der Hausbesitzer, die ausschließlich auf Kosten der Mieter leben, besondere Vorteile zugewendet werden.

Unser Bestreben geht darauf aus, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, und wir sind jederzeit dazu bereit, diese Stellungnahme vor der Öffentlichkeit zu vertreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragt gleichfalls Erleichterungen für Künstler.

Abg. Obendief (Komm.) beantragt die Streichung der Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes, die eine Kündigung von Werkwohnungen zulassen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. P.) beantragt, der Räumungsfrage in jedem Falle stattzugeben, wenn der Hauswirt Ertragsraum und Nutzungsflächen, zur Verfügung stellt. Ferner solle das Gesetz nur noch bis 1929 verlängert werden.

Abg. Höllein (Komm.) verlangt nochmals, daß den Ländern die Ermächtigung genommen werde, die Wohnungszwangswirtschaft zu lockern.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) erklärt seine Zustimmung zu den Anträgen Dr. Jörissen.

Die Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftspartei werden, die letzten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, abgelehnt.

Angenommen wird die von den Regierungsparteien beantragte Zulässigkeit der Kündigungen von Werkwohnungen

unter gewissen Sicherungen, zu denen eine „Mitwirkung“ des Betriebsrats gehört. Dafür stimmen nur die vier Koalitionsparteien und die Wirtschaftspartei.

Abg. Bipinski (Soz.) erklärt dazu,

daß die Sozialdemokraten müßten ihre in Aussicht gestellte Zustimmung zu dem Antrag zurückziehen,

da aus der Zustimmung des Betriebsrats nur ein Verhandeln mit dem Betriebsrat gemacht worden sei.

Auf gemeinsamen Antrag wird beschlossen, daß die Kapelle am 1. April 1928 in Kraft tritt und bis dahin die bisherige Fassung des Gesetzes gilt. Im übrigen bleibt es bei der Ausschussvorlage.

Nachdem der Entwurf auch in dritter Lesung erledigt ist, wird die Schlussbestimmung für Freitag, 18 Uhr, in Aussicht genommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 14 Uhr: Reichsmietengesetz, Etat des Reichsarbeitsministeriums, Abstimmung über Mieterschutznovelle.

Schluss nach 16 1/2 Uhr.

Die „Lößauer Volkszeitung“ hatte ein Inserat abgedruckt, in dem für ein Knabenziehungsheim ein Erzieher gesucht wurde, „ehemaliger Feldwebel oder Schlichter bevorzugt“. An dieses Inserat hatte die „Volkszeitung“ einige kritische Bemerkungen getnüpft. Das Reichswehrministerium stellte daraufhin Strafantrag wegen Beledigung des Unteroffizierkorps der Reichswehr. Das Gericht sprach den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“ jedoch frei, weil sich die Kritik nur auf Angehörige des alten Heeres und nicht der Reichswehr bezogen habe.

Bier Jahre Arbeitslosigkeit.

Die Aufwendungen aus allgemeinen Mitteln.

Ueber die Aufwendungen für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversorgung in den Jahren 1924 bis 1927 werden in der neuen Nummer des Reichsarbeitsblattes höchst interessante amtliche Ziffern veröffentlicht. Wir haben hier zum erstenmal eine Art Generalüberblick über die Kosten der Arbeitslosigkeit vor uns. Im Gegensatz zur Sozialversicherung fehlen in der Statistik über die Arbeitslosigkeit Vergleiche mit der Vorkriegszeit, da vor dem Kriege eine öffentliche Erwerbslosenfürsorge noch nicht existierte.

Die Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung betragen 1924: 333 Millionen Mark, 1925: 270,7, 1926: 1214 und 1927: 745,6 Millionen Mark. Zusammen mit der Kurzarbeiter- und Krisenunterstützung betrug die Arbeitslosenunterstützung 1924: 333,3 Millionen, 1925: 270,7, 1926: 1226,9 und 1927: 906,3 Millionen Mark. Die Aufwendungen für werkschaffende Arbeitslosenfürsorge betragen 1924: 70 Millionen, 1925: 97 Millionen, 1926: 160 und 1927 ebenfalls 160 Millionen Mark. Im Durchschnitt des Kalenderjahres belief sich

die Zahl der Arbeitslosen

1924 auf rund 728 000, 1925: 354 000, 1926: 1 672 000 und 1927: 885 000.

Im einzelnen gliedern sich die Aufwendungen für die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen folgendermaßen: Kosten der Arbeitsnachweisämter einschließlich der Kosten der Arbeitsvermittlung im Jahre 1924: 30,7 Millionen, 1925: 31,4, 1926: 55,7 und 1927: 83,9 Millionen Mark; Unterstützungen 1924: 259,5 Millionen, 1925: 200,1, 1926: 981 und 1927: 547,1 Millionen Mark; Krankenversicherung der Arbeitslosen: 1924: 26,3 Millionen, 1925: 17,7, 1926: 96,2 und 1927: 60,7 Millionen; Zuschüsse und Darlehen für Rotstandsarbeiter (so genannte Grundförderung): 1924: 11,2 Millionen, 1925: 16,1, 1926: 79,6 und 1927: 68,1 Millionen; sonstige Aufwendungen für Reisen und Umzugsbeihilfen, Arbeitsausrichtungen, Anwerbeauschüsse, Umschulung und dergleichen 1924: 2,6 Millionen, 1925: 5,4, 1926: 8,6 und 1927: 6,5 Millionen Mark; zusammen 1924: 333,3 Millionen, 1925: 270,7, 1926: 1221,1 und 1927: 746,3 Millionen Mark. Für Arbeitsvermittlung und eigentliche Verwaltungsaufgaben zusammen wurden in den vier Jahren 1924 bis 1927: 9 Proz., 11,6 Proz., 4,6 Proz. und 8,6 Proz. des Gesamtaufwandes verausgabt, im Durchschnitt der vier Jahre also 8 1/2 Proz. Ueber

die Aufbringung der Mittel

für die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen gibt folgende Uebersicht Aufschluß: Beiträge der Unternehmer und Arbeitnehmer: 1924: 222,4 Millionen, 1925: 165, 1926: 523,6 und 1927: 682,3 Millionen Mark; Leistungen der Gemeinden: 1924: 34,1 Millionen, 1925: 36,2 Millionen, 1926: 148,4 und 1927: 53,8 Millionen Mark; Beihilfen des Reiches: 1924: 74,6 Millionen, 1925: 0,2, 1926: 258,3 und 1927: 116 Millionen Mark; Beihilfen der Länder: 1924: 74,6 Millionen, 1925: 0,2, 1926: 243 und 1927: 52,8 Millionen Mark. Rückennahmen aus Darlehen (für Arbeitsausrichtungen, Rotstandsarbeiten u. a.): 1924: 6,7 Millionen, 1925: 7,7, 1926: 6,5 und 1927: 3,4 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren 1925 infolge der günstigen Arbeitsmarktlage und der Senkung des Beitragshöchstbetrags verhältnismäßig gering. Seit dem 1. März 1926 beträgt der Beitrag durchweg wieder 3 Proz. Das Beitragsaufkommen belief sich 1927 im Durch-

schnitt auf annähernd 57 Millionen Mark. In den Beihilfen des Reiches von 1927 sind die 50 Millionen Mark zur finanziellen Ausstattung der Arbeitslosenversicherung (Grundlage des Rotstandes) nicht enthalten. Soweit die Gesamteinnahmen die Ausgaben überstiegen, bildeten sich Rücklagen; soweit die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückblieben, wurden die Rücklagen zur Deckung herangezogen. Seit dem 1. Oktober 1927 bilden die Ueberschüsse

den Restposten der Reichsanstalt.

In den Restposten kamen auch die erwähnten 50 Millionen des Reiches. Der Restposten hat sich vom 1. Oktober 1927 an folgendermaßen entwickelt: 1. Oktober 1927: 57,9 Millionen, 1. November 96,7 Millionen, 1. Dezember 118,2 Millionen, 4. Januar 1928: 118,5 Millionen, 11. Januar 1928: 117,2 Millionen, 21. Januar 117,6 Millionen und 1. Februar 91,1 Millionen Mark.

Die Scharfmacher im Unternehmertum werden bestimmt die Arbeitslosenkosten zu den übrigen Ziffern der Sozialversicherung hinzurechnen und ein neues Ach- und Wehgeschrei über die Höhe der Sozialbelastung anstimmen. Demgegenüber muß gerade bei der Arbeitslosenunterstützung mit besonderer Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Arbeitslose auch in der Vorkriegszeit nicht verhungern konnte, sondern der Armenfürsorge zur Last fiel, die ja auch aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wurde. Ferner ist zu beachten, daß der Arbeitslose als Konsument keine Gesamtunterstützung wieder restlos bei der Deckung seines Bedarfs für Nahrung und Kleidung mit in die Wirtschaft hineinträgt. Die Unterstützung dient also auch der Erhaltung der Kaufkraft gerade in Krisenzeiten und verhindert eine noch schärfere Steadung des Absatzes.

Hermann Müller 60 Jahre alt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Hermann Müller (Pöthenberg), geboren am 10. Februar 1868 in Verdau i. S. ist heute 60 Jahre alt geworden. Als Lithograph war Müller in seiner Gewerkschaftsorganisation hervorragend tätig, insbesondere auch für deren Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund, dessen Vorsitzender er in den Jahren 1907 bis 1908 war, bis der Einheitsverband zustande kam.

In der Redaktion des „Rochumer Volksblattes“ wirkte Hermann Müller in den Jahren von 1898 bis 1900, worauf er in das von Fritz Ebert mitbegründete Arbeitersekretariat in Bremen eintrat. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berief ihn dann im Jahre 1905 in das Zentralarbeitssekretariat, in dem er bis zum Jahre 1922 wirkte, bis er in die Redaktion des Korrespondenzblattes hinüberwechselte. Zwei Jahre später wurde Hermann Müller als stellvertretender Vorsitzender in den Bundesvorstand des ADGB gewählt. Während der Kriegszeit, 1917 bis 1918, war er als sozialpolitischer Mitarbeiter der „Vorwärts“-Redaktion tätig. In Berlin-Pöthenberg wurde Hermann Müller 1917 zum Stadtrat gewählt, im Januar 1919 in die Nationalversammlung. Durch eine Reihe von Schriften trug er zur Kenntnis und Kritik der Sozialversicherung bei. Ein großer Wurf glückte ihm mit seiner 1918 erschienenen Geschichte der Organisationen der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe, deren erster Teil über die deutsche Gewerkschaftsbewegung großen Aufschlag fand.

Genosse Müller ist zweiter Vorsitzender des Bezirksverbandes der SPD. Berlin und Mitglied der Kontrollkommission der Partei. Als Vertreter der deutschen Gewerkschaften im Internationalen Arbeitsamt tritt Hermann Müller besonders hervor. In längster Zeit hatte er dort Gelegenheit, auf die Erklärung des englischen Regierungsvorstellers gegen die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagabkommens die gehörige Antwort zu geben.

In der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung kann unter Genosse Hermann Müller auf eine vielseitige erfrischende Tätigkeit zurückblicken. Wir hoffen, daß es ihm vergönnt ist, noch manche Jahre hindurch in ungeschwächter körperlicher und geistiger Frische im Dienste der Arbeiterbewegung weiter zu wirken.

Zur Frage der Ratifizierung.

Brüssel, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Der Delegierte der belgischen Regierung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes Mahain, der in Genf den englischen Vorschlag zur Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bekämpfte, äußerte sich zu dieser Frage einem Vertreter des Brüsseler „Peuple“ gegenüber u. a. wie folgt:

„Ich glaube, daß das Abkommen revidiert werden wird. Ich glaube andererseits aber auch, daß an seinen Grundfäden nicht gerüttelt werden dürfte. Für alle Fälle muß die Diskussion begrenzt werden. Falls die englische Regierung die Revision hinsichtlich bestimmter Punkte erreichen will, dann wäre sie in einer viel günstigeren Stellung, wenn sie erst einmal das Abkommen ratifiziert, da davon die Ratifikation durch viele andere Länder abhängt.“

Der Umschwung in Frankreich.

(JGB.) Mit der seit zwei Jahren anhaltenden Bewegung der Rückkehr kommunistischer Organisationen in die freigewerkschaftliche Bundeszentrale geht in Frankreich eine allgemeine Mitgliederzunahme Hand in Hand. Besonders erfreulich sind die Fortschritte im Seine-Departement (Paris), wo trotz der besonders stark spürbaren kommunistischen Propaganda die Mitgliederzahlen durchweg steigen. So wurden von der Departementzentrale im Jahre 1922 54 314 Mitglieder ausgegeben, ihre Einnahmen beliefen sich auf 52 614 Franken. Die entsprechenden Zahlen beliefen sich im Jahre 1924 auf 60 000 und 121 257, 1925 77 325 und 150 000, 1926 90 000 und 164 000, in den ersten neun Monaten 1927 90 830 und 151 765.

Freie Gewerkschaften Groß-Berlin. Deutscher Freitag, 19. Febr., lagen die Gruppen: Wedding; Gruppenheim Stadtb. Wedding, Gerichter, 60. Febr. Freitag: „Wie lebt, denkt und fühlt die Großstadtjugend?“ — Jugendplatz: Jugendheim Lärmer, 27. Febr., Vortrag: „Die Rechte der Jugendlichen und Lehrlinge.“ — Gewerkschaft: Jugendheim Gerichter, 17. Febr. Godeschulstraße. Vortrag: „Wirtschaftliche Grundbegriffe.“ — Eintracht: Jugendheim Schönweberstr. 29, am 19. Febr., Vortrag: „Rolle und Wirkung.“ — Nachtreise: Jugendheim Oberamtsstr. 10, Kreisfahrt: Jugendheim Godeschulstr. am 12. Februar, 16 Uhr, Schulungstag der Leiter im Jugendheim des Bezirksbundes, Englischer Platz 10. Karl Holat (Leiter des Sprech- und Bewegungschors der Volkshäuser) sprach über Streikverfehle. — Sonntags: Montag, 13. Februar, 19. Uhr, Zusammenkunft der Gruppenleiter im Jugendheim des Deutschen Arbeitervereins, Eintrachtstr. 10.

Gewerkschaften des Ad. Mittelteil: In der Gefangenschaft des Reichsgewerkschafts, Freitag 12. 19. Uhr. Vortrag: „Was der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.“ Referent Dr. Schütte. — Käsestr. Im Jugendheim Bellevue-Str. 114, 19. Uhr. Vortrag: „Sud und Kader.“ Referent Schulze-Ringel.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geuer; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöner; Feuilleton: A. S. Böcher; Lokales und Konflikte: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glöck; Anstalt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2. Birnen 2. Belloger und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Schweinebauch	mit Rücken, mit Beilage	Pfund	80 Pf.
Schweinekamm	mit Blatt	Pfund	85 Pf.
Querrippe		Pfund	70 Pf.
Rinderkamm u. Brust		Pfund	85 Pf.
Schmorfleisch	mit Knochen	Pfund	90 Pf.
Kalbsskamm	Brust u. Rücken	Pfund	75 Pf.
Kalbskeule	ganz u. gefüllt	Pfund	90 Pf.
Hammelvorderfleisch		Pfund	88 Pf.
Kasler, Speer u. Kamm		Pfund	1 M.
Lieserl		Pfund	70 Pf.
Gehacktes		Pfund	70 Pf.
Ausgelassener Taig		Pfund	55 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust		Pfund	56 Pf.
Schmorfleisch	mit Knochen	Pfund	70 Pf.
Hammelfleisch	Dicke Rippe u. Brust	Pfund	70 Pf.
Hammelfleisch		Pfund	75 Pf.
Kuheuter		Pfund	25 Pf.

Geflügel

Gänse	gefl. u. gebr.	Pfund	58, 70, 80 Pf.
Enten	leichte, gefl. u. gebr.	Pfund	110 125
Wolgahühner		Pfund	110 125
Schneehühner		Stück	115
Frische Masthühner		Pfund	140
Fasanen-Mennen		Stück	245

Fische

Grüne Heringe	5 Pfund	42 u. 58 Pf.
Brätschollen	glatte Pfund	25 Pf. rauhe Pfund 14 Pf.
Scheiffische		Pfund 22 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf, ganze Fische	Pfund 22 Pf.
Goldbarse	ohne Kopf	Pfund 26 Pf.
Filet von Kabeljau		Pfund 39 Pf.

Konserven

Brechbohnen	1/2 Dose	Pfund	56 Pf.
Stang-Brechbohnen		Pfund	80 Pf.
Haricots verts	extra fein	1.95	
Spinat	46 Pf Sellerie	93 Pf.	
Jg. Erbsen	76 mittelfein	93 Pf.	
Kaiserschoten		1.67	
Leipziger Allerlei		92 Pf.	
Karotten	ganze	58 Pf.	
Bruchspargel	stark	2.90	
St.-Spargel	extra stark	3.30	
Apfelgelee	5-Pfd.-Eimer	2.70	
Kürbis	78 Birnen	1.10	
Pflaumen, Apfelsin		65 Pf.	
Ananas	Hawaii, 8 Schiefeln	1.20	
Mirabellen	1/2 D. 68 Pf.	1.25	
Melange Früchte		1.40	
Lachs in Gelee	1 Pfd. Dose	1.05	
Oelsardinen	Klabdose	42 Pf.	
Brat- u. Bismarckheringe,			
Heringe in Gelee,			
Rollmöpse, Kron-			
sardinen	3 Pfd.-Dose	85 Pf.	

Konfitüre, 2-Pfund-Eimer

Pflaumen	1 M	1.10
Aprikosen		1.10
Johannisbeere, Orange		1.15
Erdbeeren, Kirschen, Himbeeren		1.35
Ananas		1.60

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

Sonderangebot

außergewöhnlich billiger abgelagerter Bordeauxwein

1922 Chät. La Grollet	Wachstum Lacroix, süßig	1.45
1922 Chät. Raba	Wachst. Bilsaen, voll u. lieblich	1.65
1921 Crü Gobineau	kräftiger Médocwein	1.75
1921 Chät. Renoull	Wachstum Robert, süßig, elegant	2 M
1921 Haut Sauternes	süßer, weißer Bordeaux	3.30
1926 Wöllsteiner Hölberg	süßiger Rheinhessen	1.40
1924 Trittenheimer Laurentiusberg	vollblumiger Mosel	1.60
1925 Liebraumlich	(rote Kapsel) bestechende Art	2 M
Tarragona Rot	vorzügliche Qualität	1.10
Malaga golden oder dunkel		1.50
Halb & Halb	Berliner Spezialität	3.50
Original französischer Weinbrand „Fine Dolli“	43 Vol.-Prozent, in Frankreich abgetillt	6.20

Wein vom Faß zu Extrapreisen

Konfitüren

Milchkaramellen	1/4 Pfund	25 Pf.	1/2 Pfund	45 Pf.
Dessert-Brezeln	1/4 Pfund	38 Pf.	1/2 Pfund	75 Pf.
Vollmilch Schokolade	m. ganz. Haselnüssen 2 Taf. à 100 Gr.	75 Pf.		
Olympia Block-Schokolade		800 Gramm	1.15	

Tea	Ceylon II Mischung	1.25
	Indien Mischung	1.55
	China Mischung	1.70
	Ceylon Mischung	1.85
	Darjeeling Mischung	2 M

Apfelsinen Messina (Halbb'ut) 10 50

Amoretten-Birnen	15 Pf.	Apfelsinen	55, 70, 90 Pf.
Boskop-Renetten	18 Pf.	(Halbb'ut)	60, 80, 1 M
Ananas-Renetten	20 Pf.	Weißkohl	dänisch, Pfund 6 Pf.
Tafeläpfel	Pfund 25 Pf.	Wirsingkohl	holl., Pfd 15 Pf.
Mandarinen	Pfund 36 Pf.	Rotkohl	holländisch, Pfd 20 Pf.
Kalif. Apfelpfl.	48 Pf.	Blumenkohl	Kopf v. 20 Pf. an

Fettbücklinge Pfund 20 Pf.

Sprotten	Pfund 34 Pf.	Fleckerlinge	ger., Pfd. 40 Pf.
Fludern	Pfund von 28 Pf. an	Bäcklinge	Kleier, Pfund 45 Pf.
		Seeaal	abgezogen, Pfund 78 Pf.

Camembert vollfett, Schachtel 19 Pf.

Romadur	vollf. halbfett, 22 Pf.	Schweizer	dänischer, dreiviertelvollf. 95 Pf.
Allgäuer	halbf. vollf. 45 Pf.	Schweizer	finnischer, vollf. Pfund 1.45
Edamer	halbfett, Pfund 78 Pf.	Molkerei-Butter	Pfund 1.80
Holländer	halbfett, Pfd. 78 Pf.	Tafelbutter	Pfund 1.92
Steinbuscher	vollf. dreiviertelvollf. Pfd. 80 Pf.	Dänische Butter	Pfund 2.02
Tilsiter	vollfett, Pfd. 95 Pf. 1.15	Margarine	Pfund 50, 58 Pf.
		Kokostett	1-Pfund-Tafel 55 Pf.

Hannov. Rotwurst Pfund 75 Pf.

Mettwurst	hann., gekocht 1.10	Filetwurst	Pfund 1.45
Zerelat u. Salami	hannoversche, Pfund 1.85	Schinkenpolnische	Pfd. 1.45
Landleberwurst	Pfund 1.15	Pökelfleisch	gekocht, Pfd. 1.50
Dampfwurst	Pfund 1.15	Schinkenspeck	Pfund 1.55
Speck	leib, Pfd. 1.10 mager 1.20	Leberwurst	leine, Pfund 1.65
Jagdwurst	Pfund 1.35	Bierwurst	Pfund 1.65
Mettwurst	Braunschweig, Art. Pfund 1.35	Zerelat u. Salami	Pfd. 1.65
		Gänsebrust	ganz u. halb, Pfd. 2.60

Gebr. Kaffee eigene Kaffeebohnen 2 30 an

Olympia-Mehl	8-Pfund-Beutel 1.25	Eier-Band-Nudeln	Pfd. 45 Pf.
Tafel-Reis	Pfund 22 Pf.	Makkaroni	Bruch, Pfd 45 Pf.
Italienisch. Reis	Pfd 26 Pf.	Gem., Backobst	Pfund 48 Pf.
		Getrocknete Aprikosen	Pfund 78 Pf.

Zigarren

Weltbekannt	Samatra, leicht und angenehm, Klasse 50 Stück 5.70, Stück	12 Pf.	Gladiator	mit Ring, leichte Samatra-Havanna, Klasse 50 Stück 9.30	20 Pf.
Solventa	unsozialisiert, preiswert, Klasse 50 Stück 7.15	15 Pf.	Selim-Zigarren	Spezial-Merke, 100 Stück 33.50, 100 Stück 3.00, 25 Stk.	95 Pf.

Wie sich die Schüler-Tragödie vollzog.

Primaner Krank schildert Entwicklung und Ausführung der Missetat.

Ueber seine Beziehungen zu Hildegard Scheller erzählte der Angeklagte Primaner Krank im Laufe der gestrigen Verhandlung das Folgende:

Herr Scheller fuhr am Sonnabend nach Stockholm und wir waren uns selbst überlassen. Günther und ich hatten, wie schon öfter, die Schule mehrere Tage geschwänzt. Das vertuschte Günther Scheller damit, daß Hilde Schreiber der Schule abging und sich Günther auch falsche Entschuldigungszettel schrieb. Am Sonntag war Hilde mit ihrer Freundin Ellnor nach Berlin zum Lanzen gefahren. Ich holte sie verabredungsgemäß abends vom Mohltower Bahnhof ab und begleitete sie nach Hause, wo wir uns schlafen legten. Ich ging jedoch nicht, wie sonst, in Günthers Kammer, sondern auf den Boden. In dieser Nacht wurde Hilde Scheller meine Freundin.

Bors.: Hatten Sie vorher davon gesprochen?
Angekl.: Nein, es lag aber in der Luft, weil Hilde Scheller immer versteckte Anspielungen gemacht hatte. Sie kam überraschend hinauf.

Der Angeklagte erzählt dann weiter, wie sie am nächsten Morgen voneinander schieden, weil Hilde in das Bureau ihres Vaters wollte, während er in Mahlow bis in den Nachmittag hinein schlief. Auf Vorschlag von Günther Scheller zuckten sie dann beide in die Steglitzer Privatwohnung, um sich hier vor dem Eintritt seiner, des Krank, Sommerreise noch einmal zu vergnügen.

Bors.: Wie sollte denn dies geschehen?
Angekl.: Wir wollten Obstwein trinken und Mädels einladen. Bors.: Trost Ihres Erlebnisses mit Hilde?

Angekl.: Ich war in gewisser Beziehung abhängig von Günther und wollte ihm deshalb nicht den Wunsch abschlagen. Ich glaubte auch Hilde dort nicht vorzufinden. — Weiter erzählt nun Krank, wie sie der Hilde dann überraschend auf der Treppe der Steglitzer Wohnung begegnete. Da die Fenster der Wohnung beleuchtet waren, glaubte Günther zunächst, daß Einbrecher dort waren. Krank aber beruhigte ihn mit den Worten: Habe keine Angst, ich habe einen Revolver bei mir.

Bors.: Wie kamen Sie zu dem Revolver?

Angekl.: Als Mitglied eines Wehrverbandes bin ich oft überfallen worden, und deshalb wurde mir ein Revolver geschenkt. Günther schickte dann die Hilde fort, um die Ellnor zu holen. Als ich dann die Treppe hinunterging, um sie beide hinaufzuholen, sah ich Hilde mit Stephan stehen, den ich kürzlich kannte. Ich ging mit Ellnor dann in den Salon, wo schon Obstwein und Liköre aufgebracht waren. Ellnor sagte uns, Hilde sei mit einem guten Bekannten zusammen und wolle nicht gestört werden. Diese war nach uns beiden mit Stephan undemerklich in die Kammer gegangen, die neben der Küche liegt. — Der Angeklagte muß jetzt an den Richter tritt, um an Hand eines Lageplans der Wohnung die Situation zu beschreiben.

Der Abend und die Nacht.

Bors.: Wie alt war Günther Scheller? Angekl.: 19 Jahre, ein Jahr älter als ich. Bors.: Und seine Schwester? Angekl.: Gerade 16 geworden. Bors.: Duldete Günther denn überhaupt, daß seine Schwester jemand bei sich hatte? Angekl.: Er hatte nichts dagegen.

Bors.: Fühlte er sich denn nicht als älterer Bruder verpflichtet, der Schirmherr seiner Schwester zu sein?

Angekl.: Nein, im Gegenteil, sie haben sich gegenseitig erprecht.

Bors.: Wie ist das zu verstehen?

Angekl.: Sie drohten einander, daß sie sich bei den Eltern wegen ihrer Beziehungen verpegen würden. Der Bruder ließ es zu, daß seine Schwester einen jungen Menschen in die Wohnung mitnahm. Günther und ich tranken mit Ellnor nun viel Obstwein und unterhielten uns. Dann war Günther plötzlich verschwunden und ich ging mit Ellnor in ein Schlafzimmer; wo Günther bestimmt gewesen, und hatte er nicht verlangt, daß sie geholt wurde? Angekl.: Das ist richtig. Bors.: Und nun überließ er sie Ihnen? Angekl.: Ja. Bors.: Was geschah nun in dem Schlafzimmer? Angekl.: Wir haben uns geküßt und einander genähert. Bors.: Sie hatten doch die Hilde geru und nun warfen Sie Ihre Gunst plötzlich über den Haufen?

Angekl.: Ich habe eingesehen, daß es keinen Zweck hat, sich an ein Mädchen festzusetzen, ich sagte mir: Wenn die Welt so ist, bin ich auch so. Hilde gibt sich mit Stephan ab, dann mache ich es ebenso. Ich war durch ihr rücksichtsloses Verhalten unangenehm berührt und wollte ihr beweisen, daß ich mir aus ihr nicht foollet machte wie sie dachte.

Bors.: Hat Günther sich etwa entfernt, um Sie und Ellnor nicht zu stören? Angekl.: Nein, das war eine ganz unberechenbare Laune von ihm, wie er sie öfter hatte. Im Schlafzimmer unterhielten wir uns, Ellnor und ich, es ist aber ganz Intimes nicht geschehen. Inzwischen kam auch Hilde ins Zimmer zu uns. Es paßte ihr durchaus nicht, daß wir uns küßten und umarmten. Sie ging dann aber wieder weg zu Stephan. Kocher kam sie wieder und dann stellten wir fest, daß Günther den Hausschlüssel mitgenommen und uns eingeschlossen hatte. Wir glaubten, daß er uns einen Schabernack spielen wollte und nach Mahlow gefahren sei. Hilde schlug nun vor,

daß wir in der Wohnung nächtigen sollten.

Hilde mit Stephan und Ellnor mit mir. Ellnor hatte aber Bedenken, ob sie Erlaubnis von ihren Eltern bekommen würde, die Nacht wegzubringen. Darauf erbot sich Hilde, die Erlaubnis einzuholen. Hilde kam mit einem negativen Bescheid zurück. Ellnor sollte sofort heimkommen. Sie ist dann auch gegangen. Raum war sie weg, da hörten wir die Schritte von Günther. Stephan eilte ins Schlafzimmer zurück und Hilde verlangte nochmals, daß ich von Stephan nichts sage. Ihrem Bruder sagte sie, sie gehe jetzt schlafen und wolle nicht gestört sein. In der Küche

tranken Günther und ich weiter.

Er drang immer wieder in mich, ihn zu küssen, was bei ihr sei. Ich hätte doch keinen Grund, es ihm, seinem Freund, zu verschweigen, zumal Hilde so schlecht an mir gehandelt habe. Ich sagte ihm, der Name würde ihm unangenehm sein. Darauf erwiderte er: Dann kann es nur Stephan sein. Meiner Ansicht nach hatte er schon vorher diesen Verdacht. Ich gab es ihm zu und

da geriet er in fürchterliche Wut.

Mit diesem Menschen könnte er nicht unter einem Dach bleiben, er wolle Schluß machen mit dem Leben. Ich erwiderte, dann mache ich mit, und legte meine Pistole auf den Tisch. Am berieten wir lange, weil keiner als Leichter sterben wollte. Pöblich verzerrte sich Günthers Gesicht und ein Schuß ging los. Der Schuß ging dicht an meinem Ohr vorbei. Als Hilde herbeieilte, sagte Günther, es habe nichts zu bedeuten, sie hörte aber, als ich äuferte, daß ich beinahe getroffen worden wäre. Aus den weiteren

Angaben des Angeklagten ging nicht klar hervor, ob er die Auffassung hatte, daß Günther zunächst ihn erschließen wollte und dann sich selbst. Auf die weitere Frage, weshalb er denn nicht Günther den Revolver weggenommen habe, antwortete der Angeklagte: Nachdem die Schwester hinzugezogen war, glaubte ich, er sei davon abgekommen. Als dann aber Hilde weg war, tauchte in mir die Erinnerung an die vorhergegangene Nacht wieder auf und mich erglöh Eifersucht. Günther sagte, er sehe nicht ein, weshalb wir beide sterben wollten, Stephan am Leben bleiben und sich mit seiner Schwester amüsieren sollte. Ich fragte: Und deine Schwester? Er antwortete: Du hast doch allen Grund.

Kannmehr beschlossen wir, daß wir alle vier sterben sollten.

Bors.: Das wurde nun auch bekräftigt?

Angekl.: Ja, wir brachten den Plan zu Papier. Zuerst hatten wir beschlossen, daß Günther Stephan und dann ich Hilde darauf ihn und zuletzt mich erschließen sollte. Er besand nämlich darauf, daß ich auch ihn erschließen sollte. Ich schrieb verschiedene Briefe an meinen Freund K. und einen auf Günthers Verlangen an eine Zeitung. Günther selbst schrieb einen Brief an „Das Weltall“. Das sollten unsere Abschiedszeiten sein. Als mir das später vorgelegt wurde, habe ich nicht verstanden, daß jemand derartiges zu Papier bringen konnte. Verschiedene Briefe existieren ja noch. Andere habe ich schon verbrannt. Bors.: Wer sollte den Brief an das „Weltall“ bekommen? Angekl.: Das weiß ich nicht. Günther meinte damit das ganze Universum.

Wie fanden unter der Einwirkung des Alkohols.

Bors.: Aber der Entschluß war ernsthaft gefaßt? Angeklagter: Ja.

Die Abschieds schreiben.

Nach Eröffnung der Nachmittags Sitzung verlas Landgerichtsdirektor Duff die Abschieds schreiben des Angeklagten und Günther Schellers, soweit sie noch vorhanden sind. Das Schreiben von Günther Scheller an „Das Weltall“ ist sehr verworren. Es enthält folgende Sätze:

„Liebes Weltall!

Ein winziges Stück des Organismus vergeht. Sei nicht böse darüber. Du wirst den Untergang einer Zelle nicht als Verlust empfinden, denn neue Zellen drängen sich zum Leben. Die Zeit rollt weiter. Ein kurzer aufsteigender Schein in der Gemeinwirtschaft der Menschen, und dann Staub und Asche.“ Schließlich ist noch die Rede von Massen- und Klassenbeziehungen zwischen Weiß und Schwarz. Die Handschrift Schellers reicht mitten im Satz ab, und es folgt ein Zusatz von Krank, der abschließt: „Wie sollen und werden die letzten Konsequenzen aussehen.“ Auf einem Zettel von demselben Bogen und von Krank beschrieben, steht: „In dieser Minute werden Hans Stephan und Ranne (Kosenname für Hilde Scheller) sterben durch unsere Hand. Wir beide, Günther und ich, werden lächelnd aus dem Leben scheiden!“

Der Angeklagte behauptete, daß dieser Zettel zu dem Brief an seinen Freund K. gehöre, während der Vorliegende dieser Angabe widerspricht. Anscheinend handelte es sich um die Fortsetzung des ersten Schreibens. Der Zettel siehe zu dem Schreiben in gedanklichem Zusammenhang, während das Schreiben an K. abgeschlossen sei.

Das Schreiben von Krank lautet:

„Mein lieber Fritz! Nimm diese Zeilen als letzten Gruß, den Dir Dein wirklich wahrhafter Freund sendet. Dir mag mein Schritt

Menschen, Göttern gleich...

15) Roman von Herbert George Wells.

„Was für eine Regierungsform haben Sie,“ fragte Mr. Burleigh, „Monarchie, Autokratie oder reine Demokratie? Trennen Sie die Exekutive von der Legislative? Und gibt es eine Zentralregierung für Ihren ganzen Planeten oder gibt es verschiedene Regierungszentren?“

Mit einiger Mühe wurde es Mr. Burleigh und seinen Gefährten verständlich gemacht, daß es in Utopien überhaupt keine Zentralregierung gäbe.

„Aber,“ sagte Mr. Burleigh, „sicherlich gibt es doch irgend jemanden oder irgend etwas, einen Rat, ein Bureau oder sonst etwas, irgend eine Stelle, der die letzte Entscheidung vorbehalten ist, wenn es sich um ein gemeinschaftliches Vorgehen im Interesse des Gemeinwohles handelt. Meiner Meinung nach muß es irgend eine letzte Instanz und ein Organ der Regierunngsgewalt geben.“

Nein, die Utopen erklärten, daß es in ihrer Welt keine derartige Konzentration der Autorität gebe. In der Vergangenheit habe es eine solche gegeben, aber schon seit langem sei sie wieder in den großen Körper der Allgemeinheit zurückgeströmt. Entscheidungen über irgendwelche besondere Angelegenheiten würden durch diejenigen getroffen, die am meisten von der Sache verständen.

„Aber angenommen, es wäre eine Entscheidung, die allgemein befolgt werden muß, z. B. ein Gesetz, welches die öffentliche Gesundheit betrifft? Wer würde es durchsetzen?“

„Warum sollte es durchgesetzt werden müssen? Es würde freiwillig befolgt werden.“

„Aber angenommen, jemand würde sich weigern, es zu befolgen?“

„Wir würden nachforschen, warum der oder die Betreffende nicht unserer Meinung ist. Es dürfte dann doch irgend ein besonderer Grund vorliegen.“

„Aber mangels eines solchen?“

„Wir würden ihn auf seinen geistigen und sittlichen Gesundheitszustand hin untersuchen.“

„Der Irenenarzt tritt an die Stelle des Polizisten!“ sagte Mr. Burleigh.

„Das würdest du, Rupert,“ sagte Mr. Burleigh, als ob einer sagte „Jetzt habe ich dich ertappt!“

„Dann wollen Sie also sagen,“ fuhr er fort, und wandte sich mit einem besonders schlaun Ausdruck an die Utopen, „daß alle Ihre Angelegenheiten von besonderen Körperschaften oder Organisationen — ich weiß nicht recht, wie ich sie nennen soll — durchgeführt werden ohne irgendeine Zusammenfassung ihrer Tätigkeit?“

„Die tätigen Kräfte unserer Welt,“ sagte Urthred, „sind alle einander gleichgestellt, um die allgemeine Freiheit zu sichern. Wir besitzen eine Anzahl von Talenten, die sich der Rassenpsychologie und dem Studium der Wechselwirkung gemeinschaftlicher Funktionen zugewandt haben.“

„Gut, stellt nicht diese Gruppe von Begabten eine regierende Klasse dar?“ fragte Mr. Burleigh.

„Nicht in dem Sinne, daß sie irgendeinen eigenmächtigen Willen ausüben,“ sagte Urthred. „Sie befassen sich mit den allgemeinen Beziehungen, das ist alles. Aber sie nehmen keinen höheren Rang ein, sie haben deswegen keine größeren Vorrechte, als sie ein Philosoph einem gelehrten Spezialisten gegenüber hat.“

„Das nenne ich eine Republik!“ sagte Mr. Burleigh.

„Aber wie sie arbeitet und wie es dazu kam, kann ich mir nicht vorstellen. Ihr Staat ist wahrscheinlich in hohem Maße sozialistisch.“

„Sie leben noch in einer Welt, in der ungefähr alles Privateigentum ist, mit Ausnahme der Luft, der Landstraßen, der hohen See und der Wildnis?“

„Natürlich,“ sagte Mr. Catskill, „Eigentum — und umkämpftes!“

„Wir sind über diese Stufe hinaus. Wir haben gefunden, daß Privateigentum, außer in ganz persönlichen Dingen, für jeden letzten Endes eine unerträgliche Last war. Wir sind davon losgekommen. Ein Künstler oder ein Gelehrter verfügt vollkommen über das ganze Material, das er benötigt, wir haben alle unsere eigenen Werkzeuge und Vorrichtungen und haben unsere eigenen Räumlichkeiten und Plätze, aber für Handel und Spekulation gibt es kein Eigentumsrecht. Dieses freitbare, unruhebringende Eigentum sind wir vollständig losgeworden. Aber wie wir es los wurden, das ist eine lange Geschichte. Es war keine Sache von wenigen Jahren. Die Libertreibung des Privateigentums war ein durchaus natürlicher und notwendiger Abschnitt in der menschlichen Entwicklung. Sie führte

schließlich zu ungeheuerlichen Erlebnissen, aber nur durch diese ungeheuerlichen und katastrophalen Folgen erkannten die Menschen die notwendigen und natürlichen Grenzen des Privateigentums.“

Mr. Burleigh hatte eine Stellung eingenommen, wie er sie wahrscheinlich gemöhnt war. Er saß tief im Sessel, die langen Beine übereinander gekreuzt und ausgestreckt, den Daumen und die Finger der einen Hand mit peinlicher Genauigkeit gegen die der anderen gelegt.

„Ich muß gestehen,“ sagte er, „daß mich die besondere Form der Anarchie, die hier zu herrschen scheint, außerordentlich interessiert. Wenn ich Sie nicht ganz mißverstanden habe, so geht jeder als Diener des Staates seinen eigenen Geschäften nach. Ich nehme an, daß eine große Anzahl Leute — Sie müssen mich verbessern, wenn ich etwas Unrichtiges sage — mit der Erzeugung, der Verteilung und der Zubereitung von Nahrungsmitteln beschäftigt ist; diese befriedigen sie und sie haben ihre eigenen Regeln, nach denen sie handeln. Sie stellen Forschungen an, sie machen Versuche. Sie sind niemandem verpflichtet, niemand zwingt sie, stört oder hindert sie. („Man spricht mit ihnen darüber,“ sagte Urthred mit seinem Lächeln.) Und wieder andere erzeugen, bearbeiten und studieren Metalle für allerhand Zwecke und haben gleichfalls ihre eigenen Regeln. Andere wieder sorgen für die Wohnlichkeit eurer Welt, planen und errichten diese reizenden Wohnstätten, bestimmen, wer sie benutzen soll und wie sie benutzt werden sollen. Andere widmen sich der reinen Wissenschaft. Andere versuchen sich in seelischen und phantastischen Möglichkeiten und sind Künstler. Andere wieder lehren.“

„Diese sind sehr wichtig,“ sagte Egninis.

„Und sie alle tun es in Harmonie — und jeder an seinem Plage, ohne zentrale Befehlsgebung oder Exekutive. Ich will zugeben, daß mir dies alles bewundernswert erscheint — aber unmöglich. Nichts dergleichen wurde bis jetzt in der Welt, aus der wir kommen, auch nur vorgeschlagen.“

„Etwas Ähnliches wurde vor langer Zeit durch die Bildensozialisten vorgeschlagen,“ sagte Mr. Barnstaple.

„Ach,“ sagte Mr. Burleigh, „ich weiß sehr wenig über die Bildensozialisten; wer war das? Erzählen Sie.“

Mr. Barnstaple lehnte diese Aufgabe stillschweigend ab.

(Fortsetzung folgt.)

Wie sich Berlin gestalten wird.

Berlins „Boulevards“. — Ring- und Ausfallstraßen. — Planmäßige Einheitlichkeit.

Berlin steht verkehrstechnisch vor Aufgaben, wie sie niemals einer Großstadt in einer so knapp bemessenen Zeitspanne gestellt worden sind. Die Frage des Ausbaues der öffentlichen Verkehrsmittel ist ebenso dringend wie die Frage der Straßengestaltung. Das Programm für die Ausgestaltung des Verkehrsnetzes während des nächsten Jahrzehnts wird in wenigen Wochen dem Gemeindefachausschuss der nunmehr vereinigten städtischen Verkehrsgesellschaften vorgelegt werden. Heute schon liegt uns ein großzügiges

Projekt für den Ausbau des Straßennetzes

während desselben Zeitraumes vor, das der Dezernent für das Tiefbauwesen Berlins, Stadtbaurat Hahn, neben der öffentlichen Kritik unterbreitet. Die Denkschrift, die der Stadtbaurat mit einer Fülle von Kartenmaterial vorlegt, ist schon deshalb besonders erfreulich, weil sie sich nicht in Phantasereien und utopischen Plänen austobt, sondern bewußt und folgerichtig an die bisherige Entwicklung des Berliner Verkehrs und an die darauf basierende bisherige Gestaltung des Straßennetzes anknüpft. Es gilt also nicht, irgendwelche neuen Straßentypen zu „erfinden“, sondern die bereits vorhandenen nach den sich von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen des Verkehrs auszubauen. Die Lösung, die die Denkschrift vorschlägt, ist darum so einfach wie das Ei des Kolumbus. Sie unterscheidet Ausfall-, Ring-, Schnellverkehrsstraßen. Die Ausfallstraßen sind die Schlagadern des Verkehrs. Für den Norden, Osten und Süden genügen die bestehenden Straßen noch für längere Zeit. Für den Westen und Südwesten aber, also für den gesamten Verkehr nach den großen Industriegebieten in Rheinland-Westfalen einerseits, in Mitteldeutschland (Halle-Bitterfeld) andererseits fehlen hinreichend leistungsfähige Verkehrsstraßen. Die Überlastung der Straße Wannsee-Werder ist in den letzten Jahren wiederholt mit Recht Gegenstand der öffentlichen Kritik gewesen. Hier sieht der Entwurf den sofortigen Ausbau der dafür geeigneten Entlastungsstraßen vor, indem sowohl in der West- wie in der Südwestrichtung je zwei durchlaufende Straßenzüge aus dem Reichsbild Berlins herauszuführen sollen. Der interessanteste Teil des Projektes beschäftigt sich mit dem Ausbau der „Ringstraßen“ in Berlin, also jener Straßenzüge, die unter Umgehung der Hauptverkehrsachsen eine möglichst schnelle Verbindung der einzelnen Stadtteile gewährleisten sollen. Auch der gewiegteste Kenner des Berliner Straßennetzes wird staunen, wenn er aus der Heraushebung der in Betracht kommenden Straßenzüge auf einmal sieht, daß unsere Reichshauptstadt schon seit langem

mindestens

drei verkehrswichtige „Boulevards“,

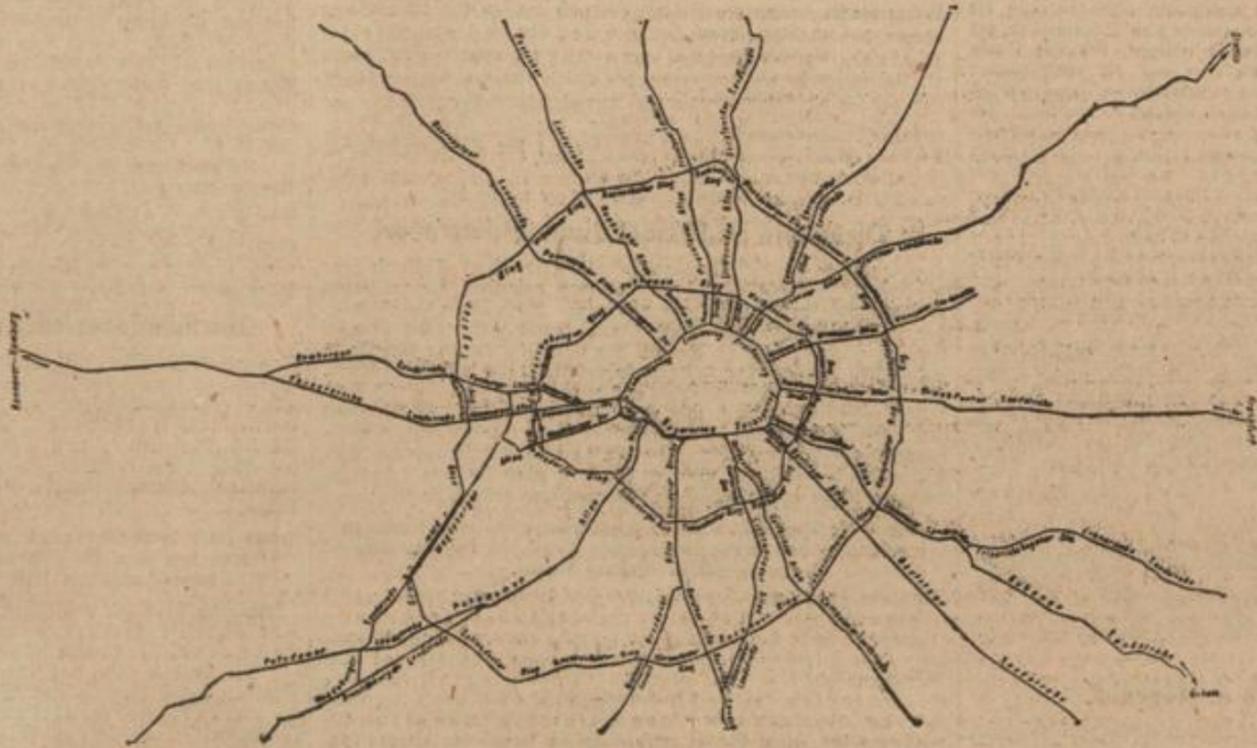
genau so geschlossen wie die Pariser, besitzt, die die großen Ringstraßen der Zukunft abgeben werden sind. Der innerste Ring wird gebildet vom Halleschen Tor ab durch die Gitschiner, Staliner Straße usw. bis zur Danziger Straße im Norden; er geht dann über den Stettiner Bahnhof und den Großen Stern in den Zug des Landwehrkanals über. Der zweite Ring liegt fast 3 Kilometer von diesem entfernt. Er führt von der Tempelhofer Dorfstraße bis zur Eichenstraße in Treptow, geht dort auf einer neuen Brücke über die Spree und läuft über Bornholmer, Seestraße zum Westhafen. Im Bereich von Charlottenburg muß wiederholt zu Einbahnstraßen gegriffen werden, so z. B. von der Schlossbrücke und am Bahnhof Charlottenburg. Der Ring schließt sich dann über den Hochmeisterplatz in Wilmersdorf, Westfälische Straße usw., bis

er in den Sockendamm und damit wieder in die Dorfstraße einmündet. Der dritte, der „Außenring“, verbindet die einstigen Vororte an der Peripherie, also z. B. Lichterfelde, Buckow, Oberschöneweide, Karlshorst, Blankenburg, Zehlendorf, über die Mauer nach Schlachtensee, Düppel, Schönow, Lichterfelde. An den Stellen des stärksten Autoverkehrs sollen besondere „Schnellverkehrsstraßen“

rainen 8 Meter, innerhalb 7,5 Meter. Es sind aber Zwischenlösungen vorgesehen, um die Anlagelosten nicht auf einen zu kurzen Zeitraum zusammenzudrängen. Bei den Ausfall- und Ringstraßen ist besonderer Wert auf praktische Radfahrwege gelegt. An den wichtigsten Knotenpunkten dieses „Spinnennetzes“ des Verkehrs sollen nach und nach regelmäßig Kreisplätze mit einem Halbmesser von mindestens 150 Meter angelegt werden. Der Gesamtplan soll in drei Bauabschnitten von je 5 Jahren, insgesamt also in 15 Jahren, von innen nach außen durchgeführt werden. Er wird

einen jährlichen Kostenaufwand von 18 Millionen Mark

erfordern, wobei etwaige Durchbrüche, Erwerb von Straßenland usw. allerdings nicht mit einkalkuliert sind. Der Entwurf sieht endlich eine Umbenennung aller dieser Verkehrsstraßen vor, die lediglich den Zwecken des Verkehrs dienen soll. Die Ausfallstraßen sollen z. B. den Namen des Fahrziels, die Ringe den Namen des Ortes, in dem sie nach der Lage innerhalb der Ringe sich befinden, „Straßen“, „Alleen“ und „Landstraßen“ geben. Sehr wenig glücklich erscheint die Benennung des innersten Ringes nach den deutschen Städten; mit den Zwecken des Verkehrs haben diese Namen nichts zu tun. Doch die Frage der Straßennamen ist von untergeordneter Bedeutung. In nächster Zukunft wird eine solche Vereinheitlichung nicht in die Debatte gezogen werden können. Die Hauptfrage ist der Plan des



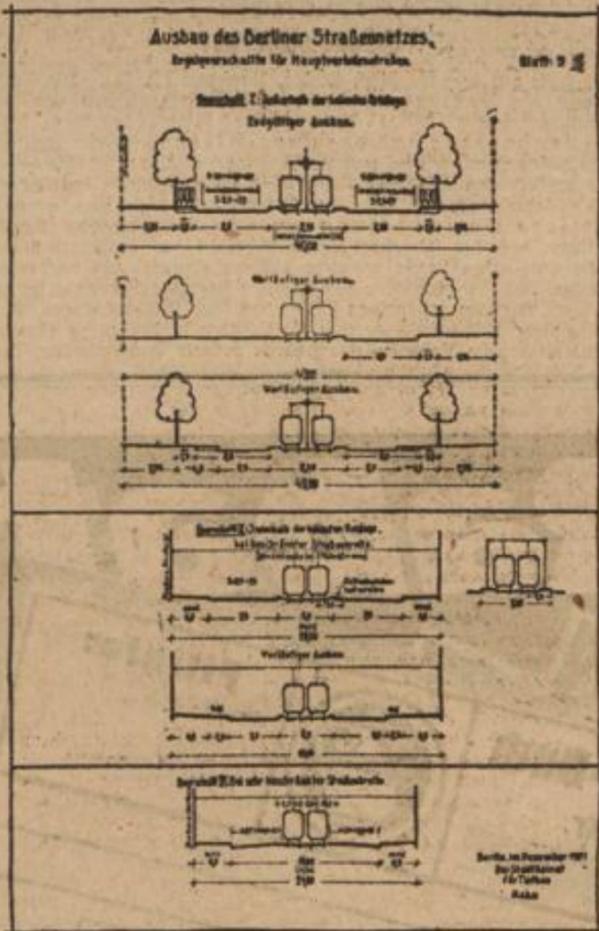
Das künftige Straßennetz Berlins. — Ring- und Ausfallstraßen mit den neuen Straßennamen.

gebildet werden, also z. B. im Zuge der Kaiserallee, der Kantstraße, des Kurfürstendamms, der Urbanstraße, Köpfer-Friedrich-Straße usw. Für jeden dieser Straßentypen sieht der Entwurf

besondere Straßenquerschnitte

vor. Selbstverständlich liegt in allen Straßen die Straßenbahn in der Mitte auf einem besonderen Gleiskörper. Von dieser Regel wird nirgends mehr abgewichen. Die Breite der einzelnen Fahrbahnen mit Richtungsverkehr ist je nach der Bedeutung der Straße verschieden. Sie beträgt außerhalb des bebauten Ter-

systematischen, einem einheitlichen Gedanken folgenden Ausbaues unseres Straßennetzes. Und soviel darf schon jetzt gesagt werden: Man mag manche Einzelheit dieses Planes frustrieren, abändern können — in den großen Zügen wird und muß er jedenfalls durchgeführt werden. Und wir können es nur mit unerschütterlicher Freude begrüßen, daß mit der Fortwirkerei Schluß gemacht werden soll, daß nun endlich ein festes Programm aufgestellt wird, das das Gesicht der Reichshauptstadt im nächsten Jahrzehnt im voraus festlegt. Groß-Berlin wird die Vorteile seiner Vereinheitlichung nun auch auf dem Gebiete des Straßenbathes im vollen Umfange sich zunutze machen können.



Endgültige und provisorische Querschnitte der wichtigsten Verkehrsstraßen.

Aus den Bezirken.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung erfolgte die Vorstandswahl. Das Bureau wurde mit dem Genossen Gerber als 1. Vorsitzenden in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt. In sachlicher Begründung gab der Genosse Bartelmann der in Sport- und Jugendreisen herrschenden Unzufriedenheit mit dem Stand der Spiel- und Sportplätze sowie Jugendheim im Bezirk Kreuzberg Ausdruck. Der Urbanplatz soll bekanntlich mit Einschluß des Straßenbahnhofs dem Neubau einer Gewerbeschule für das graphische Gewerbe Platz machen, ohne daß vollständiger Ersatz vorhanden ist. Auch das Jugendheim Reichenberger Straße 66, in dem wöchentlich durchschnittlich 25 Jugendgruppen tagen, soll wegen Vergrößerung der Schlafräume für die Feuerwachtmannschaften verkleinert, ohne daß Ersatzraum geschaffen ist. Unter Redner Leitung vor, in einem sofort zusammentretenden Reunionsausschuss diese wichtige Frage zu prüfen, um gemeinsam mit dem Bezirksamt wirksame Schritte zu schaffen. Bürgermeister Genosse Dr. Herz begrüßte diese Anregung und versprach, daß der Urbanplatz nicht eher aufgegeben werde, bevor der volle Spiel- und Sportbetrieb auf einem anderen Platz in der Nähe des alten angenommen werden könne. Einsetzung des Ausschusses wird beschlossen. Eine Vorlage des Bezirksamts will die Frage der Gleiskörperverlegung der durch die Gneisenau- und Nordstraße führenden Straßenbahn in anderer Weise regeln als bisher vorgeschlagen, da bekanntlich um die Erhaltung der erst neu geschaffenen Mittelpromenade in der Gneisenaustraße ein Streit zwischen Bezirksamt und zentraler Deputation entbrannt ist. Nach dem neuen Vorschlag sollen die beiden Gleise südlich von der Promenade und in direktem Anschluß an sie auf den Fahrdamm verlegt werden. Sollte der auf 6 Meter verkleinerte Fahrdamm dem Verkehr später nicht genügen, so können die Vorgärten beseitigt werden. Die Bezirksversammlung stimmte dem Vorschlag ohne Debatte zu. Angenommen wurde ferner ein vom Genossen Krenz begründeter Antrag, der den Magistrat ersucht, für Anbringung von Kunststücken in allen Hausfluren der Groß-Berliner Häuser zu sorgen. Die Tafeln sollen Angaben über den nächsten Feuerweider, Unfallstation, Polizeirevier, den zuständigen Wohlfahrts- bzw. Bezirks-

Darmbeschwerden

infolge von Verdauungsstörung.

Viele an Leibschmerzen Leidende begehen oft den großen Fehler, bei der Behandlung dieser Beschwerden nicht auf den Magen zu achten. Wenn Sie Leibschmerzen haben, ist meistens auch Ihr Magen nicht in Ordnung. Wenn der Magen nicht richtig arbeitet, leiden auch die Därme. Behandeln Sie Ihren Magen auch bei Darmbeschwerden mit Biserierte Magnesia. Biserierte Magnesia neutralisiert den Ueberschuß von Säure im Magen, so daß der Verdauungsprozeß schmerzlos vor sich geht. Indem man schon dem Magen hilft, die wichtige Berichtigung normal auszuführen, wird die Arbeit der Gedärme bedeutend erleichtert, und Schmerzen werden bald verschwinden. Biserierte Magnesia ist in jeder Apotheke erhältlich.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestellen Sie darauf, nur die echte Biserierte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Urteil:

„Ich hatte als Gymnasialschüler und als Student an der Universität gar viel an Zahnschmerzen zu leiden, da ich leider von niemanden zu einer zweckmäßigen Behandlung meiner Zähne angeleitet wurde. Es gab in meiner Studienzeit keine Schulärzte und man ging eben nur zu einem Arzte, wenn man die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte. So verlor ich während meiner Studienzeit 2 Milchzähne und 2 Stodszähne. Da erfuhr ich durch irgend ein Inserat — ich weiß nicht mehr wo — von Chlorodont. Seitdem benutze ich täglich Chlorodont zum Reinigen der Zähne und der Mundhöhle — vielfach zweimal am Tage — und es wäre mir heute unmöglich, Chlorodont entbehren zu müssen. Seitdem ich Chlorodont gebrauchte, hatte ich niemals mehr Zahnbeschwerden. Ich habe noch alle Zähne mit Ausnahme der vier, die ich in meiner Jugend verlor. Meine Zähne sind weiß wie Elfenbein und allseits werde ich darum beneidet.“ Professor P. J. L. H. I. T. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pl., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pl. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Lassen Sie sich durch angeblich billigere Preise, dafür aber weniger Tubeninhalte, nicht irreführen. Verlangen Sie ausdrücklich echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Musikaufträge

Übersicht man nur dem Reichsamt des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rammelsburgerstr. 63/64. Öffentliche 3271-78. Selbstständig 9-5. Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bezirksverbindung.

vorsteher u. a. enthalten. Bei der Beratung der Vorlage über die Umbenennung der doppelt in Groß-Berlin vorkommenden Straßen wurde die Veramtlung verlegt.

9. Bezirk - Wilmersdorf.

Die Bezirksversammlung am 1. Februar 1928 gab den Rechtsparieren erwünschte Gelegenheit, gegen die ihnen so unbehagliche Zentralisierung Groß-Berlins zu protestieren, indem sie gegen den neuen Tarif des Elektrizitätswerks „Südwest“ Sturm liefen, der vom 1. Januar ab dem Tarif der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke angepaßt worden ist. — Gegen den Tarif der Stadt Berlin von 16 Pf. je Kilowatt gegen bisher 35 Pf. hat natürlich niemand etwas einzuwenden; aber die Festsetzung der Grundgebühr nach dem Zählermehrbereich, wobei die Anbieter von Vielzimmerwohnungen mit ihrer großen Fülle von Brennstellen gerechterweise mehr zu bezahlen haben, als die Mieter von Mittel- und Kleinwohnungen, paßt den Herrschaften ganz und gar nicht — sie mußten jedoch die Belehrung einstecken, daß die Teilnehmer am Stromnetz, die sich Hunderte von Brennstellen zur Verfügung halten, das Elektrizitätswerk nötigen, sich mit seinen Betriebsanlagen, der Belegung usw. auf die entsprechende Stromabnahme einzurichten, und diese ständige — sozusagen — Arbeitsbereitschaft muß natürlich abgegolten werden. Abgesehen davon wäre es unbillig und unsozial, wenn diejenigen, die sich eine luxuriöse Beleuchtung leisten, auf Kosten der minderbemittelten und sparsamen Verbraucher mit wenigen Brennstellen — den elektrischen Strom verbilligt erhalten. — Eine lebhafte Aussprache entzündete die Anfrage unserer Genossen über die Betätigung des Waffenkörpers der freiwilligen Sanitätskolonne Wilmersdorf-Schmargendorf. Dieses Waffenkörper unterhält eine Geschäftsstelle für die Annahme von Waffengeschäften in Räumen des alten Rathauses und wird in Zeitungsinseraten — unter Angabe der Geschäftsstelle und des amtlichen Fernsprechers — für sein Unternehmen. Genosse Schlemmer geisterte in scharfen Worten diese Art, unter mißbräuchlicher und irreführender Benutzung öffentlicher Einrichtungen dem so schwer um seine Existenzberechtigung kämpfenden Rüstergewerbe einen Wettbewerb zu bieten, der gesetzlich aufs strengste unterliegt ist. Der zuständige Dezernent, der deutschnationalen Stadtrat Steinhoff — Vorsitzender der freiwilligen Sanitätskolonne — bemühte sich, die erhobenen Anklagen zu entkräften, konnte aber die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen, die unter Beweis gestellt wurden, nicht aus der Welt schaffen. Jedemfalls jagte er sofortige Abhilfe zu, und der Bezirksbürgermeister gab die Erklärung ab, daß er jedes gewerbliche Rußisieren, sowie jede dahingehende Betätigung von Beamten und Angestellten des Bezirksamts aufs schärfste disziplinarisch ahnden werde. Das Waffenkörper ist inzwischen aufgelöst worden.

Frauenwerbeabend in Köpenick.

Die Genossinnen des 16. Kreises veranstalteten kürzlich im großen Saal des Stadttheaters Köpenick einen Frauenwerbeabend. Vorgeführt wurde der Film: „Kreuz und Weib“. In einem einleitenden Vortrag wies Genosse Dr. Wäsel auf die außerordentlich zahlreichen erkrankenden Frauen auf die Wirkungen des § 218 hin. Er zeigte, wie es dem Bürgerium trotz des Bestehens dieses Paragraphen möglich ist, die Nachwuchsfrauen zu regeln. Es ist auf Grund seiner Mittel in der Lage, rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, und letzten Endes steht auch der Weg zum gefälligen Hausarzt offen. So besteht in der bürgerlichen Familie schon seit etwa 20 Jahren das Zweifelhafte System und in neuerer Zeit sogar das Einleiderstystem. Der Proletariatfrau dagegen fehlen die nötigen Mittel, den Geburtengang zu regeln. Der Staat, der blühendes Leben Jahre hindurch auf den Schicksalsfeldern vernichten ließ, gibt heute plötzlich vor, keimendes Leben im Interesse der Allgemeinheit schützen zu müssen. Vom Kommi es nicht darauf an, wenige, aber gesunde Kinder aufzuziehen, sondern recht viele, die später billige Arbeitskräfte werden. Aber auch der Arbeiter müßte in dieser Frage eine größere Verantwortlichkeit zeigen. Andererseits hat es auch die Frau in der Hand, über das Fortbestehen der gegen sie so grausam wirkenden Bestimmungen zu entscheiden, indem sie bei den kommenden Wahlen für die SPD. ihre Stimme abgibt.

Bessere Beleuchtung der Schulinselfeln.

Die Schulinselfeln auf Fahrdämmen gewähren Schülern den Fußgängern, werden aber bei Dunkelheit oft zu einer Gefahr für Fuhrwerke. Um Unfällen vorzubeugen, will der Magistrat hierzu dieser Schulinselfeln mit niedrigen Leuchtstäben auszurüsten, die am Tage als Bremspfeifen dienen. Die Kosten schätzt er auf 75.000 M., die er als unmittelbare Polizeikosten vom Staat zurückfordern will. In diesen vierzig Schulinselfeln sind nicht die für die Straßenbahn angelegten Schulinselfeln einbezogen. Für deren Beleuchtung wird die Straßenbahngesellschaft sorgen.

Billiges Fleisch — „nicht dringlich“!

Neuer Sturm gegen das Anschaffungsamt der Stadt.

Zwei Vorgänge waren gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung kennzeichnend für die Deutschnationalen. Bei dem Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der eine Erleichterung und Milderung der Gefrierfleisch-Einfuhr bezweckt, erhoben sie Widerspruch gegen die sofortige Verhandlung. Daß die Stadtverordnetenversammlung sich für diese Forderung der Sozialdemokraten ausspricht und den Magistrat aufzuzwingt, schleunigst entsprechende Schritte bei der Regierung zu tun, halten die Deutschnationalen nicht für dringlich. Sie treten für die Taten der Bürgerblockregierung des Reiches ein und machen sich keine Sorgen darum, daß für die Rinderbrennstellen der Genuss von Fleisch zu einem unerschwinglichen Luxus werden muß, wenn die Unterbindung der Konkurrenz des Gefrierfleisches bestehen bleibt. Der andere die Deutschnationalen kennzeichnende Vorgang war die Unterstützung des erneuten Ansturms, den die Wirtschaftspartei gegen das Anschaffungsamt der Stadt unternahm.

Die Demokraten hatten eine Anfrage wegen des

Diebstahl im Krematorium Wilmersdorf

eingebraucht, in der der Magistrat gefragt wird, ob er Auskunft über die Angelegenheit geben könne und was geschehen sei, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Nach einer Begründung der Anfrage durch Stadtrat Dülke (Dem.) sprach namens des Magistrats Stadtrat Genosse Wähly: Die Ermittlungen des Magistrats hätten kein Verbrechen der Krematoriumsverwaltung feststellen können. Der Fall ist in der Öffentlichkeit mit einem gewissen Maß von Sensation behandelt worden, so daß es schwerer konnte, als sei etwas faul. Wenn überhaupt ein feststellbarer Fehler vorgekommen ist, so höchstens der, daß der Brief der Angehörigen, der das Beerdigen des goldenen Gefäßes anzeigt, nicht auf dem ordnungsmäßigen Wege in die Hände der Verwaltung gelangt ist.

Gegen die Angestellten des Krematoriums ist keine Klage zu erheben; es sind alles altbeschäftigte Leute, die sich nie etwas zuschulden kommen ließen.

Hebrigens hat ja auch das Verfahren der Staatsanwaltschaft nicht den geringsten Anhalt für eine Anklageerhebung ergeben. Soweit überhaupt etwas gemacht werden konnte, sind die schon äußerlich scharfen Bestimmungen noch ergänzt worden, um alles Menschenmögliche zu tun. Zur Frage der Ueberlastung der Krematorien äußerte sich Genosse Wähly wie folgt: Im Rahmen der Neuordnung des gesamten Bestattungswezens der Stadt Berlin wird auch die Frage der Erweiterung der Krematoriumsbetriebe geregelt werden. Die zuständige Deputation wird sich in nächster Zeit mit den Plänen zu beschäftigen haben und sie wird dann auch über Zahl, Ort und Lage der etwa neu zu errichtenden Krematorien zu befinden haben. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Arbeiten des Spezialausschusses, der den von den Kommunisten gestellten Antrag wegen des Weiterbaues des Krematoriums in der Dieselmeierstraße zu beraten habe. Eine Störung des Betriebes tritt in den Verbrennungsanlagen nie dadurch ein, daß die Leichenfeiern mit der Zahl der Verbrennungen nicht Schritt halten können. Feiern finden nur im beschränkten Umfang statt, Verbrennungen können aber Tag und Nacht vorgenommen werden. — Eine Besprechung der Anfrage wurde nicht verlangt, die Angelegenheit war erledigt. — Die von den Kommunisten geforderte Anstellung von Diphtherie-Schweltern wurde durch die Verammlung abgelehnt. — Ueber die im Norden und Osten Berlins seit langem auftretende

Grundwasserrot

berichtet aus dem Ausschuss Stadts. Panchow (D. N.). Die Fraktionen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Deutschnationalen hatten Anträge auf Regulierung des Neuenhagener und des Erpe-Fließes gestellt, weil die von diesen Gewässern bei heuchter Witterung geführten Wasserwässer die umliegenden Gärten, besonders Siedlungsland, dauernd überschwemmen. Für die Geschädigten wird eine angemessene Entschädigung verlangt. Bürgermeister Scholz erklärte, daß der Magistrat ein Verschulden der Stadtverwaltung nicht anerkennen könne, vielmehr „höhere Gewalt“ als vorliegend erachte. Es sei auch keine Verzögerung der Regulierungen festzustellen. Mit dem zuständigen Bezirksamt seien Verhandlungen schon seit einiger Zeit im Gange, um die Schäden abzuwenden zu können. Stadts. Genosse Rohde-Friedrichshagen betonte demgegenüber, daß

die Feststellungen des untersuchenden Stadtoverordneten Ausschusses etwas anderes ergeben, als der Bürgermeister mitteilt. Im übrigen hoffe er, daß die heute, Freitag, wieder stattfindende Besprechung zur Zufriedenheit der Anlieger ausfallen werde. Die Anlieger seien durch die ständigen Überschwemmungen schwer geschädigt.

Einzelhöhen gingen bis zu 17.000 Mark

hinauf. Insgesamt betrage der Schaden etwa 77.000 Mark, der den meist kleinen Leuten in der Gegend irgendwie ersetzt werden müßte. Der Redner erwähnte besonders das talfräftige Eintreten des zuständigen Bezirksbürgermeisters, Genossen Kohl-Köpenick, auf dessen Mitwirkung es nicht zuletzt zurückzuführen sei, wenn die Sache endlich ihre Erledigung findet. Angesichts der dauernden miltlichen Verhältnisse in der Wasserhaltung der fraglichen Gegend warf Genosse Rohde die Frage nach der Aufstellung eines einheitlichen Entwässerungsplanes auf. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem noch Stadts. Kraußgaul (SPD.) die Stellung seiner Parteifreunde dargelegt hatte, nahm die Verammlung die Ansuchenempfehlung an, die vom Magistrat verlangt, daß schnell Regulierungsgenossenschaften gegründet werden, an denen die Stadt beteiligt ist.

Die von den Sozialdemokraten geforderte Fortsetzung der Mütter-, Kleinkinder- und Schulkinderpepung würde von der Verammlung bestritten. — Bei der Besprechung der Bilanzen der Städtischen Anschaffungs-gesellschaft erlebte die

Wirtschaftsparteiler einen großen Reinfall!

Gegen diese städtische Gesellschaft laufen die Wirtschaftler schon immer Sturm und sie nahmen auch diesmal wieder die Gelegenheit wahr, allerlei gegen die Gesellschaft vorzubringen. Stadts. Haake (Wirtsch.) meinte, daß Bestellen, die die Anschaffungs-gesellschaft für städtische Anstalten geliefert habe, viel zu teuer waren, und daß auf solche Weise leicht Defizite zu decken sind. Der Vorsteher der Gesellschaft, Obermagistratsrat Scholdoch, konnte demgegenüber feststellen,

daß die Bestellen nicht von der Anschaffungs-gesellschaft, sondern von dem Mitglied der Wirtschaftspartei, dem Rechnungsabgeordneten Möllath, geliefert worden sind!

(Schallende Heiterkeit und stürmisches Hört! Hört!) Die Mitglieder der Wirtschaftspartei waren ob dieser Mitteilung recht verärgert und sahen sich sassunglos an!

Die Debatte ging noch eine ganze Zeit weiter. Von unserer Fraktion sprach Genosse Bublitz, der betonte, daß sich die sozialdemokratische Fraktion durch die haltlosen Angriffe der Rechtsparieren in ihrer Stellung zur Anschaffungs-gesellschaft nicht beirren lasse. — Die Bilanz wurde genehmigt.

Als Vertreter in den Verwaltungsausschuss des neu errichteten Landesarbeitsamts wurde auf einer von der Mitte des Hauses eingereichten Liste von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Ulrich, von den Demokraten Frau Wandertich gewählt. Stellvertreter wurden die Stadts. Frau Dr. Meyer (Sp.) und Genosse Krauß.

Deutschnationalen und Gefrierfleisch.

Zu Beginn der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung brachte die sozialdemokratische Fraktion den vom „Vorwärts“ bereits gestern abend auf der Titelseite veröffentlichten Dringlichkeitsantrag wegen der von der Bürgerblockregierung geschlossenen Einfuhr für Gefrierfleisch ein. Im Ausschuss war von den Deutschnationalen Einspruch gegen die Dringlichkeit erhoben worden. Nach der Verlesung des Antrages im Plenum stellte der Vorsteher, Genosse Haß, pflichtgemäß die Frage, ob Einspruch erhoben werde. Niemand meldete sich; Linke, Mitte und Rechte des Hauses schwiegen, so daß es den Anschein hatte, als hätten sich auch die Deutschnationalen eines Besseren besonnen. Erst nach der dritten Frage des Vorstehers erhob namens der Deutschnationalen der Stadtverordnete Linke Einspruch. Die Deutschnationalen in der Industrie- und Arbeiterstadt Berlin sind also ihren Leuten in der Bürgerblockregierung zur Seite getreten und haben durch ihren Einspruch erreicht, daß der Protest gegen die Verminderung der Gefrierfleisch-einfuhr um Wochen verzögert wird! Bürgerblockpolitik!

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. nach). Etwas kühler und zeitweise aufflarend ohne Niederschläge, frühe Westwinde. — Für Deutschland: Am Süden heiter und trocken, viel nach Nachtr., im Norden bewölkt bis heiter, nur vereinzelte leichte Niederschläge mit etwas Abkühlung.

72

5% Rabatt

IN MARKEN
ZUCKER AUSGESCHLOSSEN
AUF IHREN
EINKAUF



KAISER'S
KAFFEE-
GESCHÄFT

ÜBER 1000 FILIALEN

Spar-Buch

Nr. _____

Name: Preis _____ Strasse: _____

Ort: _____

Dieses Sparbuch wurde
ausgegeben am: _____ Datum: _____

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Kaffee-Grossröstereien und Malzkaffee-Fabriken
Direkte Verbindungen mit den Produktionsländern u. Plantagen

KAFFEE-IMPORT — TEE-IMPORT

Eigene Schokoladen- und Pralinen-Fabriken.
Eigene Kakaowerke. Eigene Zucker- u. Backwaren-Fabrikat.

ÜBER 1000 FILIALEN.

Jährlich innerhalb Jahresfrist vom Tage
des letzten Monats in der oben
angewiesenen Filiale



FÜR
EIN VOLLES
SPARBUCH

Agrarfrife und Preußenkasse.

Der neue Leiter der Preußenkasse entwickelt sein Programm.

Gestern hat sich Rechtsanwalt Dr. Klepper, der neue kommissarische Leiter der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der Öffentlichkeit in einer Pressebesprechung vorgestellt. Zu Unrecht haben interessierte Kreise die Umstellung der Preußenkasse als eine parteipolitische Maßnahme dargestellt. Die von Dr. Klepper gegebenen programmatischen Darlegungen erbrachten den Beweis, daß der personelle und sachliche Wandel in der Politik der Preußenkasse jenen historischen Notwendigkeiten entspricht, die sich aus dem Eintritt einer französischen Agrarfrife und aus dem Zwang, sie zu überwinden, von selbst ergeben.

Rückblickend bemerkt Klepper, daß schon die ebenso reichliche als pflüchliche Kreditgewährung an die Landwirtschaft im Jahre 1924, nachdem die Substanz der Landwirtschaft zweifellos aus der Inflation intakt hervorgegangen war, den ersten Anstoß zur heutigen Agrarfrife geben mußte. Die Intensivierungsparole wurde mit neuen Krediten weitgehend befolgt und die Steigerung des Bruttoertrages unter dem Zeichen einer gegen die Landwirtschaft gerichteten Preiskürzung versucht, bis sich in den letzten Monaten des Jahres 1927 nach der Erschöpfung des inländischen Kapitalmarktes die gegenwärtige Zusammenbruchsfährde, besonders von großen Betrieben, damit auch die Gefährdung des Genossenschaftswesens, als ernstestes Krisenzeichen herausstellte.

Falsch sei die einfache Erweiterung der Kreditgewährung nach dem Rezept, daß diese Kreditgewährung so möglich sei, weil die heutige langfristige Verschuldung der Landwirtschaft nur erst etwa die Hälfte der Vorkriegsschuldung erreicht habe. Die Verschuldung sei nach Größenklassen und Gebieten absolut verschieden. Vielmehr müsse geprüft werden, ob die Möglichkeiten der Rentabilitätssteigerung so sind, daß der Durchschnittsschuldner Zinsen und Tilgung der erwirtschaften könne und ob bzw. wie die zu rettenden Betriebe — das betrifft auch die Genossenschaften — ihren Aufgaben gewachsen sein können.

Erste Voraussetzung jeder neuen kreditpolitischen Maßnahme

in der Landwirtschaft sei es, die lebensfähigen Betriebe von dem trübseligen Druck der lebensunfähigen Betriebe zu befreien. Dabei sei praktisch ohne eine Stützung des Gütermarktes, das heißt im praktischen Erfolg ohne eine Ausnahmeorganisation von zum Verkauf kommenden Gütern — allerdings Sache des Staates und nicht der Preußenkasse — nicht auszukommen. Bei der Umwandlung der Personal- in Realbanken, die zweifellos weitgehend erfolgen müsse, habe die Preussische Zentralgenossenschaftskasse auch aktiv das Interesse der kreditnehenden Genossenschaften zu wahren und zu verhindern, daß bei Gewährung zweier Hypotheken die Personalverschuldung neuerdings an eine schlechtere Stelle rückt. Es darf nicht dazu kommen, daß durch das genossenschaftliche Prinzip der Haftsummen die gesunden und rettungsfähigen Betriebe

in den Zusammenbruch nicht mehr zu haltender Wirtschaften hineingezogen werden.

Praktisch müsse zu diesem Zweck die Kapitalbasis der Preußenkasse erheblich erweitert werden und damit auch die Kapitalbasis der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Darüber werde von den zuständigen preussischen Ministerien mit Reichsstellen verhandelt, die sich eventuell auch an der Preußenkasse beteiligen würden. Für alle Zukunft sicherzustellen sei die Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher und individualisierender Grundsätze bei der Kreditpolitik, die eine Durchsichtmachung der Kreditgewährung, ihrer Zweckmäßigkeit und ihrer Erfolge gegenüber den Genossenschaften und den einzelnen Betrieben garantierte. Zu diesem Zweck habe sich die Preußenkasse sofort eine

betriebswirtschaftliche Abteilung

angegliedert, die unter Mitwirkung der einzelnen Genossenschaften eine örtliche Betriebskontrolle und Wirtschaftsberatung sicherzustellen hat. Für die gefährdeten Gebiete, als welche Pommern, Brandenburg, Schlesien, Mecklenburg, Ostpreußen angesehen werden, gemähren bereits ausgesandte Fragebogen den ersten Einblick. Die kreditgebenden Genossenschaften müssen in allen Fällen die Betriebsverhältnisse des Kreditnehmers kennen, wobei es insofern der bei den wenigen großbetrieblichen Mitgliedern von Genossenschaften gehäuftesten Kreditgefahren insbesondere auf die laufende Kontrolle und Beratung der Großbetriebe ankommen wird.

Organisatorische Maßnahmen innerhalb des Genossenschaftswesens müssen hinzukommen. Dabei seien der örtliche Ausgleich und die örtliche Vereinheitlichung der Genossenschaftsarbeit nach einheitlichen Zwecken wichtiger als der Zusammenschluß von Verbänden an der Spitze. Auch durch Zusammenfassung und durch Beseitigung von Doppelarbeit muß das Ziel gefördert werden, daß die Genossenschaften längerfristigen Personalcredit zur Verfügung stellen können, um vorerst Ruhe in der Entwicklung zu schaffen. Die Rotwendigkeit, die Personalverschuldung endgültig zu bereinigen, um für neue Kredite fähig zu werden, läßt es nicht vermeiden, daß ein gewisser Prozentsatz von Gütern zum Umfallen kommt. Hier werden die Stützung des Gütermarktes und die Schaffung einer Ausnahmeorganisation zur Rotwendigkeit.

Die Aktionsfähigkeit, das Verantwortlichkeitsbewußtsein und die Beweglichkeit der Preußenkasse zu erhöhen, diene die Absicht der beteiligten Regierungsstellen durch ein Gesetz, ähnlich wie bei der Reichsbank, die Präsidenschaft und das Direktorium von periodischen Neuwahlen abhängig zu machen. Bedenken hinsichtlich der Kreditfähigkeit und der endgültigen Liquidierung der Preußenkasse seien durch das enge Verhältnis zum preussischen Staat wulstlos.

Wie das RWE sich rechtfertigt.

Unwürdige Verdrehungen.

Mit welchen Mitteln das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk seinen Elektrizitätsbedarf im Saargebiet zu decken beabsichtigt, zeigt deutlich eine Meldung, die es durch die „D.Z.“ verbreiten läßt. Die Saarland-Lothringen-Elektrizitäts-A.G., die Konkurrentin des RWE im Saargebiet, eine Gesellschaft, die sich heute ausschließlich im Besitze von öffentlichen Körperschaften des Saargebietes befindet, wurde von der Stadt Saarbrücken im Vorjahre lothringischen, d. h. französischen Interesses, die sie nach dem Friedensvertrage erworben hatten, unter großen finanziellen Opfern abgekauft. Der frühere Großaktionär hatte jedoch wider den Willen der jetzigen deutschen Besitzer mit seinen lothringischen Bergwerksunternehmungen einen Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, der erst 1935 abläuft. Mit diesem Stromvertrag ist also die S.W.E. gegen den Willen ihrer jetzigen Besitzer befaßt worden.

Daraus leitet nun das RWE, das Recht ab, die Konkurrenz mit der Behauptung öffentlich herabzusetzen, daß bei ihr in Wirklichkeit fast die Hälfte lothringischer, also französischer Kohle zur Verwendung gelange! Damit, daß es von Kohle, statt von Strom spricht, verdeckt es dem Leser, daß es sich hier um aufgezwungene Verpflichtungen handelt. Außerdem gibt es zwar formale Rechte, aber tatsächlich unrichtig, den Anteil des lothringischen Stromes mit fast der Hälfte des gesamten Stromabflusses der S.W.E. an; denn nachdem die Fusion der S.W.E. mit den übrigen lothringischen Elektrizitätsgesellschaften als feststehende Tatsache betrachtet werden kann, darf man den Anteil des lothringischen Stromes am Gesamtabfluß natürlich nicht mehr auf den bisherigen Stromabfluß der kleinen S.W.E., sondern muß ihn auf den voraussichtlichen Gesamtabfluß des erweiterten Unternehmens beziehen, der so groß ist, daß der lothringische Strom nicht etwa die Hälfte, sondern nur rund ein Zwölftel des Gesamtabflusses ausmacht.

Die Methoden des RWE stimmen, wie man sieht, mit ihrer sonstigen Stellungnahme zu den Saarfragen überein. Verdrehungen und unfares Vorgehen scheinen bei diesem Unternehmen nachgerade typisch zu sein.

Ein zweiter Schwedentrust.

Bereits 30 Proz. der Kugellager-Weitproduktion vereinigt

Mit dem Namen „Schwedentrust“ wird im allgemeinen nur der schwedische Zündholztrust gekennzeichnet, der es verstanden hat, durch eine fast einzigartige Organisation sich nach und nach in sämtlichen Ländern festzusetzen. Weniger bekannt, aber in seinen Bestrebungen ebenso großzügig ist der schwedische Kugellagertrust.

Die Schwedischen Kugellagerfabriken A.B. — so heißt der Trust — verfolgen in ihrer internationalen Ausdehnungspolitik die gleiche Methode wie der Zündholztrust. Sie gründen zunächst eigene Fabriken im Auslande oder kaufen ausländische Werke auf und versuchen nach und nach in der eng spezialisierten Kugellagerindustrie der verschiedenen Länder maßgebenden Einfluß zu gewinnen. So besitzt der Trust jetzt bereits in Amerika und allen größeren europäischen Ländern eigene Werke.

Im guten oder richtigen in solcher Erinnerung ist noch die Rolle, die das in Deutschland arbeitende Schwedenwerk, die

S. A. F. Norma-Stuttgart in der deutschen Kugellager-Konvention (Kariell) spielte. Von der brutalen Bekämpfung der Kartellaußenleiter, dem Aufkauf und der Stilllegung ihrer Werke können die Belegschaften der Wittenauer Riese-Werke ein Lied singen. Auch durch die Wertpionierkassette bei der anderen Riese-Fabrik in Weiden ist die S. A. F. Norma der weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden.

Die schwedische Muttergesellschaft hat zur weiteren Ausdehnung wahrscheinlich die internationalen Kapitalmärkte nötig, denn sie verkaufte jetzt an den großen Londonbörsen, zunächst in London, ihre Aktien einzuführen. Der zu diesem Zweck veröffentlichte Prospekt enthält einige sehr interessante Angaben über den Aufbau des Unternehmens. Das Kapital der im Jahre 1907 gegründeten Gesellschaft wurde bis 1910 bis zu der jetzigen Stärke von rund 104 Millionen Mark erhöht. Der Betriebsaufbau geht von einem großen Erzminenbesitz über Hochofen und Gießereien bis zur Kugellagerfabrikation und einer international ausgebauten Verkaufsorganisation. Die Belegschaften betragen etwa 10 000 Mann. Schon im Jahre 1925 wurde der Umsatz mit fast 190 Millionen Mark beziffert und betrug 20 Proz. der Weltproduktion. Jetzt soll der Anteil an der Weltproduktion bereits 30 Proz. betragen. Unter den Hauptausfuhrgebern wird auch die Deutsche Reichsbahn genannt.

Die schon sehr einflussreiche Stellung des Kugellagertrusts in der Weltproduktion wird die Gesellschaft zweifellos zu einem weiteren Ausbau ihrer Machtposition treiben. In Deutschland sind unter seiner Mitwirkung Kartellmaßnahmen gegen freie Werke ergriffen worden, die eine glatte Bekämpfung des Kartellrechts darstellen. Die Öffentlichkeit und besonders die Arbeiterschaft in den Kugellagerfabriken hat also allen Grund, den schwedischen Trustgewaltigen in Deutschland scharf auf die Finger zu zeigen.

Milchkrieg in Bayern.

Um die niedrigen Erzeugerpreise der Bauern.

Unter den vielen Klagen der Landwirte ist eine, die trotz ihrer Berechtigung nur wenig Beachtung findet. Das ist die große Spanne zwischen dem Preis, den der Bauer für seine Produkte erhält und dem Preis, den der letzte Konsument für die landwirtschaftlichen Produkte bezahlen muß. Doch hierbei in der Tat der Zwischenhandel höhere Preise an die Landwirte bezahlen könnte bei gleichzeitig niedrigeren Preisen für die Verbraucher, und doch der Zwischenhandel jeden Versuch in dieser Richtung beständig bekämpft, dafür berichtet unser Münchener Blatt, die „Münchener Post“, ein lehrreiches Beispiel.

Damach hat sich in München unter dem Namen „Landwirtschaftlicher Milchverkauf Sturm u. Co.“ eine Milchhandelsfirma aufgestellt, der es durch eine rationelle Betriebsorganisation nicht nur möglich war, den liefernden Bauern pro Liter 2 Pfennig mehr zu bezahlen, sondern auch den letzten Konsumenten um 2 Pfennig billiger zu beliefern. Um nicht weniger als 4 Pf. wurde hier also die Zwischenhandels-spanne pro Liter Milch verringert. Der organisierte Milchgroßhandel hat daraufhin einmal die neue Firma, dann aber auch die dieser Firma liefernden Milchbauern unter schärfster Druck gesetzt. Dem besagten Bauern wurde gedroht, daß ganz allgemein der sogenannte Kampfpriest, das ist der Abnahmepreis für die Bauern, um 2 Pf. herabgesetzt werden wird, wenn die Bauern aus Dietersheim die be-

kämpfte Firma weiterhin zu dem erhöhten Abnahmepreis versorgen. Außerdem wurde von den Dietersheimer Bauern eine Lieferstopp gegen die Firma Sturm verlangt, wenn die Firma ihren Verkaufspreis nicht wieder auf 30 Pf. für den Liter herabsenkt.

Die Folge war bei allen Bauern, die an den organisierten Milchgroßhandel liefern, eine große Erregung, und ein Ausfluß dieser Erregung waren Drohungen gegen jene Bauern, die die dem Großhandel unerwünschte Konkurrenz beliefern, und zwar gleich der Art, daß ihre Anwesen in Brand gesteckt werden. Die „Münchener Post“ druckt einen dieser Briefe ab, der folgenden Wortlaut hat:

„An den Ortsvorsteher in Lohhof!

Wenn Ihr die Milch weiter dem Sturm so billig gebt, der sie dann in der Stadt um 2 Pf. billiger verkauft und wir dadurch in der Landwirtschaft geschädigt werden, dann kann es sein, daß es bei Euch in der Nacht bald an ein paar Ecken brennt.“

Offenbar sind diese an Gemeingefährlichkeit nicht mehr zu überbietenden Drohungen durch die Politik des Milchgroßhandels verursacht. Der Milchgroßhandel hat sich nämlich vor der billigeren Konkurrenz heugen und in die allgemeine Preisherabsetzung um 2 Pf. einwilligen müssen. Der Milchgroßhandel trägt aber nicht selbst den Verlust, sondern lastet ihn den ihm liefernden Bauern auf, um so mit den empörten Bauern den Kampf weiter treiben zu können.

Dieses bayerische Beispiel redet Bände: einmal darüber, wie in der Tat durch vernünftigeren Organisation im Handel die Erzeugerpreise erhöht werden können und zum anderen darüber, wie bei den Verbrauchermassen durch billigere Belieferung Kaufkraft für andere Zwecke freigesetzt werden kann. Hoffentlich beschäftigen sich die besonderen für die Förderung der Landwirtschaft im Reich eingerichteten Behörden mit den Lehren dieses Falles.

Gesunkene Kaufkraft in Sowjetrußland.

Unzufriedene Bauernmassen.

Im gegenwärtigen Rußland besteht nicht mehr das alte Verhältnis, wie es vor dem Kriege war, zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Das Mißverhältnis zwischen den Erzeugnissen der Stadt und des Landes — die sogenannte „Schere“ — ist eine der Ursachen der dumpfen Unzufriedenheit der Bauernmassen.

Ein anschauliches Bild über das Mißverhältnis zwischen den Preisen gibt eine vom Volkskommissariat für Handel veröffentlichte Tabelle, die die Preise für die wichtigsten industriellen Erzeugnisse, in „Kogentrubel“ ausgedrückt, enthält. („Ökonomische Woche“ Döbrenje“, Nr. 11, 1927.)

	1909-13	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27
Kattun (Meter)	3,8	0,7	1,6	1,7	1,4
Zucker (Pfund)	5,8	1,4	3,0	3,5	2,7
Salz	73,0	12,3	27,8	33,2	26,8
Pflanzöl	5,0	2,0	4,0	3,6	2,4
Tabak	2,6	0,5	1,6	1,7	1,3
Petroleum	16,6	7,5	16,5	18,3	13,8
Seife	6,5	2,0	3,9	4,7	3,2
Nägel	9,7	2,2	4,4	5,2	4,4
Zündhölzer (Pakete)	7,3	2,2	4,5	6,0	4,5

Diese Tabelle zeigt mit aller Deutlichkeit, daß das für die Bauernschaft bis zum Jahre 1926 ungünstige Preisverhältnis sich ziemlich rasch gebessert hat; im Jahre 1926/27 begann sich jedoch die „Schere“ wieder stark zu erweitern, und das Mißverhältnis wird immer größer.

Dieser Umstand ist eine der Ursachen des Rückgangs der Getreidebereitsstellung, d. h. der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetunion für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Brot und für den Getreideexport jetzt zu kämpfen hat. Der Bauer hält das Getreide zurück, weil er sich dafür zu wenig kaufen kann.

174 Millionen wußt die Reichspost, nachdem 1926 und 1927 dieser Großkredit nicht beschafft werden konnte, eventuell durch die Aufnahme einer inländischen Anleihe hereinbringen. Das ist die Absicht des Arbeitsausschusses im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, der zur Erreichung des Anleiheziels mit der Reichsbank zusammenarbeiten will.

Klagen auf alle Fälle. — Große Gewinne im Signalbau. Die Eisenbahnsignal-Bauanstalten Max Jüdel, Stahmer und Bruchsal A.-G. in Braunschweig, die erst kürzlich mit den Signalbauabteilungen von Siemens und der AEG. verschmolzen wurde, klagt in ihrem Geschäftsbericht für 1926/27 sehr über die unregelmäßigen Bestellungen ihres Hauptabnehmers, der Reichsbahn. Dadurch sei eine gleichmäßige Beschäftigung der Betriebe nicht möglich gewesen und das finanzielle Ergebnis beeinträchtigt worden. Davon ist in dem Gewinnausweis allerdings nicht viel zu bemerken. So klagte der Reingewinn um 40 Proz. auf 845 000 M., von dem auf das erhöhte Aktienkapital die gleich hohe Dividende von 8 Proz., wie im letzten Jahre gezahlt wird. Auch wurde fast die Hälfte der Bankschulden von 350 000 M. zurückgezahlt, und die Waren- und Wechselschulden von 4,7 auf 2,8 Mill. Mark verringert. Demgegenüber haben die Forderungen einen Zuwachs von fast einer Million auf 5,7 Mill. Mark zu verzeichnen. Die Senkung der Unkosten, die im letzten Jahr nach der Verschmelzung mit den Werken der Bruchsal A.-G. eingetreten ist, hofft die Verwaltung, durch die neue Fusion mit Siemens und der AEG. fortsetzen zu können.

Steigende Zuleggewinne bei „angepaßten Preisen“. Die Hanza-Leitische Zuleggewinnerei und Weberei in Delmenhorst hat mit rund 400 000 Mark ihren Reingewinn um 30 Proz. gegenüber dem letzten Jahresabschluss erhöht und dementsprechend auch ihre Dividende von 4 auf 6 Proz. heraufgesetzt. Der Geschäftsbericht sagt hierzu sehr vorstichtig, daß die Preise im Inland den Vertriebskosten im großen und ganzen angepaßt wurden, während die Exportpreise nach wie vor unbeeinträchtigt blieben. Was die Zuleggewinn unter „Anpassung der Preise“ versteht, ist ihr Geheimnis, denn mit ihnen den Vertriebskosten angepaßten Verkaufspreisen hat sie sich nicht nur für die entsprechenden Exportgewinne schadlos gehalten, sondern darüber hinaus auch noch ihren Reingewinn um die Hälfte erhöhen können. Die Dinge liegen im Grunde sehr einfach. Im vergangenen Sommer und Herbst haben die Zuleggewinn mehrmals die Preise für Fertigfabrikate heraufgesetzt, haben aber nicht daran gedacht, nach der guten Ernte, die den Rohmaterialpreisen drückte, gleichfalls eine Preisermäßigung eintreten zu lassen. Gesunkene Rohstoffkosten und erhöhte Fabrikatepreise ergaben dann zusammen den „angepaßten“ Preis für den Konsumenten. Ein Rechenexempel, das für den Unternehmer immer ansetzt:

Sechs Monate und darüber ausverkauft sind die sämtlichen Strumpfmaschinen.

Eine Photographie.

Von Marc Louveteau.

Als Schriftsteller, der bemüht ist, Geschehen von heute in Wort von Gestern einzupressen, anerkenne ich es: Unsere Zeit ist umhüllt von dem Mut der Konsequenz, wir legen Bleistift und Füllfeder beiseite und schnalzen den Kodak um. Der Seitenschnitt von heute: das Bild. Der Lohfall von heute: das Bild. Alles, alles das Bild, bis hinab zur Annonce. Das Publikum ist müde geworden, Meinung anderer wiederzuerleben. Wir reichen Erwachsenen Immerbrot und suggerieren ihnen Selbständigkeit. Sie sind entwirrt genug, um sich selbst Meinung zu fabrizieren. Aber mit den Worten, mit diesen spitzen Nägeln nagen wir sie fest, immobilisieren wir sie. Unsere Opfer schaffen nennen wir sie Publikum. Lassen wir sie gehen, fliegen, springen. Lassen wir ihnen Austausch und Hürde. Vielleicht werden sie, vom Gängelband losgerissen über uns hinaus-schießen und erreichen, was wir mit unseren Lintentämpfern, unseren Druckerwärmerströmen, unseren Papierschladern niemals erreichen könnten.

Nehmen wir zum Beispiel ein einziges Bild, Photographie, die mit tausend Schwierigkeiten und mit schwerem Geld bezahlt aus den United States auf dem Kontinent gelangte: die der armen Mrs. Snipder auf dem elektrischen Stuhl.

Die Auslösung des Lasters, der die Volkströme durch einen sterblichen Körper jagt, hat zugleich Hunderte, Tausende von Kritiken, flammenden, schändlichen und rührenden, ausgelöst. Der Wert dieser Papierflut: Null. Man las —, man vergaß. Am nächsten Tage war die zerstückelte Prostituierte und am übernächsten die Autobonditen auf der Bühne der Aufmerksamkeit. Buchstaben bleiben nicht haften, es wäre denn, daß eine derartige Kraft, Flamme, Magie aus den Worten strömte, daß sie die Form vertrennen und Bild würden — reinstes Bild. Wie wenige Professionals vermögen es.

Die Photographie: Eine schlechte, halb verwichene Aufnahme, unter erschwerten Umständen gemacht. Der Schatten eines Stuhls, bequemen Lehnstuhls, der mit seinem hohen Rücken, den freundlichen Sehnen nichts Außergewöhnliches hat. Nur eine Art Gürtel oder Spange, breit um die Beine geschlungen, fällt aus gewohntem Bild. Die Beine, etwas schief liegend, schmiegen sich wie trauernd in die Spange hinein. Ueber dem Knie erst beginnt das dunkle Gewand. Wäre es das Bild einer Ruhenden, würde man in U.S.A. erklären, ihre Pose sei indezent. Die Hände liegen auf den Lehnen. Gelöst, als handle es sich um eine amicale Konversation. Die eine fällt leicht, mit etwas müder Bewegung über die Ecke der Lehne hinab. Kommt der Oberkörper in künstlicher, steifer Haltung, als sähe die Frau in einem Zahnarztstuhl. In dieser Haltung ist Revolte und Angst, gebogen von dem Willen des Stärkeren. Das Gewand, das die Beurteilte trägt, ist dunkel, glänzend, wie aus Seide oder gestäutem Leder. Ueber der Brust liegt ein weißer Sch. Der Hals ist frei.

Der ganze Kopf ist in irgendeine dunkle Masse eingehüllt, wie Tücher oder Kautschuk aussehend. Auf dieser grauenhaften Masse liegt das Rund der Glotzode. So wie ein Telephonhörer, der persönlich auf den Mund herabgerichtet ist. In einem Schönheits-schön sieht man solche Häupter, in Kautschuk gehüllt, nur bei Mund und Nase winzige Schlitze. Dort hat die Lokur die Jugend zu verlagern.

Diese Photographie ist wie ein Schlag aufs Herz. Sie ist menschlich noch in ihrer Konventionalität und unmenschlich, dämonisch in der Angst, die in ihr haßt. Ist wie ein Schrei und zugleich das Messer, das ihn durchschneidet.

Weiße Gott, wer dieses Bild aufgenommen hat. Entweder war es ein Held oder ein Schurke. Aber heldische oder schurkische Tat —, ätonamifizieren wir doch wenigstens unsere Schande.

Plakate weg —, Schaufenster ausgeräumt. Ueberall hin dieses Bild. Plakate wir eine Welt damit. Sie hat es verdient.
(Verechlichte Uebersetzung aus dem Französischen.)

Das Geständnis.

Von Rudi Eims.

Der Untersuchungsgefangene Ernst Peter erhob sich von seinem Schemel. Ketten klirren. — Während redete er die Kerne. Dann begann er in der Zelle auf und ab zu gehen. Sechs Schritt zur Tür, sechs Schritt zum Fenster. Entsetzliche Einknienheit, die wie kleinerne Last auf die Seele drückte. Tag für Tag, Woche für Woche immer die vier hohen Wände mit dem abgeflachten Fuß vor Augen — die gleichen Gegenstände, auf denen die Blicke ausruhten. Immer dieselben Geräusche — der Hall von Regenschuhen auf den Gängen, der Lärm der kleinen Bahnstadt, der gegen die alten Gefängnis-mauern schlug. Und wieder Stille. — Gespenstische Rächte, in denen gräßliche Vergangenheit gegenwärtig wurde. —

Er hielt auffahrend inne mit dem ruhelosen Wandern; rückte den Schemel an den Tisch, setzte sich und stützte den Kopf in die harten, breiten Hände... In gleichmäßigen Intervallen trommelte der Regen an das Zellenfenster. Er lauschte dieser monotonen Melodie — und nicht darüber ein.

Ein scharfer, betörender Geruch ließ ihn plötzlich erwachen. Er wußte nicht, wie lange er geschlafen hatte. Die Zelle war voller Rauch und immer noch qualmte der keine Ofen... Drückte der Kopf auf die Schornsteine? Der Kopf schmerzte ihn. Er schritt noch der Tür und schellte. Minuten vergingen. Der Wächmeister kam und schimpfte, weil die alten Ofen nichts mehr taugten. Ernst Peter mußte die Zelle verlassen. Ueber Treppen und Gänge wurde er nach einer Zelle im dritten Stockwerk gebracht. Während der Beamte aufschloß, las er auf der kleinen, schwarzen Tafel: Franz Fabian.

Die Tür war hinter ihm ins Schloß gefallen. Riegel knarren. Vor ihm stand Fabian, ein etwa dreißigjähriger Mann. Rote Vorstoppeln bedeckten sein Gesicht, aus dem zwei verschlagene, listige Augen blühten. Sein schmutziger, abgetragener Anzug erzählte von Bandstrafen, von Rächten in Scheunen und billigen Pennen. Erschaut, daß der Einundzwanzigjährige Ketten trug, fragte er sofort:

„Lunge, Junge. Was hast du ausgefreffen, daß man dir so schweres Eisen anlegt?“

„Einbruch“, gab Peter parolen zur Antwort.

„Einbruch?“ echote Fabian und fügte hinzu: „Siehe wegen Straßenraub in Untersuchung. Habe die längste Zeit hier zugebracht. In vierzehn Tagen werde ich nach Frankfurt transportiert.“

Peters erste Miene erschloß sich für Sekunden. Er öffnete jäh den Mund, als ob er etwas sagen wollte. Hatte er sich anders bekommen? Seine Lippen preßten sich wieder zusammen. Auch die

nächsten Stunden blieb er wortlos, obwohl Fabian immer wieder ein Gespräch anzuknüpfen versuchte. Als sie am Abend auf den Frühstückstisch saßen, floßen unausgesprochene Gedanken herüber und hinüber. Peter wartete umsonst, daß sein Zellengenosse noch einmal reden würde.

In den folgenden Tagen jedoch schlossen sie Freundschaft. Fabian war ein unermüdlicher Erzähler. Er konnte die Stätten der Arbeit, Bergwerke und Hüttenanlagen. Die heißen Feuer der Martinöfen. Den strengen Rhythmus häuerlicher Arbeit. Ueberall hatte er schon geschuftet. Aber immer wieder trieb ihn sein Bogantenblut auf die Bandstrafe. Kleine Diebstähle unterbrochen mitunter die Freiheit, und diesmal führte ihn ein Straßenraub ins Gefängnis. Trotzdem hatte er seinen Humor behalten und rüh auch den schweigsamen Peter aus seinem Stumpfsein. Dieser sprach dann von dem Einbruch, den er begangen hatte, von der nahen Heimat, den Angehörigen. — Nur, wenn Fabian keine vielen Liebschaften erwähnte, wurde er wieder still und über sein noch knabenhaftes Gesicht lief dann und wann ein Jähern. — Nachts, wenn sich der junge Mensch immer erst stundenlang auf der Brüstung hin und herwälzte, ehe er einschlief, spürte Fabian, daß dieser vieles zu verschweigen hatte. —

Dann kam ein Morgen, der Anlaß zum Geständnis wurde. — „Kübel raus“, hatte der bärbeißige Wächmeister geschrien. „Gendh“, die die freche Schanze ab. Wir sind auch noch Menschen“, maulte trübselig Fabian und setzte den Kübel mitten auf der Schwelle ab. „Kübel raus“, schrie der Beamte wieder. „Seh mich...“ war die Antwort. Der Wächmeister griff nach dem Gummiknüppel. Jörn knieg in Fabian auf. „Wag es... und ich schlage dich zu Rus“, brüllte er, und erreichte damit, daß der Beamte den Kübel selbst wegrug.

Kurze Zeit darauf kehrte der Wächmeister mit einem Bogen-gelegen zurück, der ihn anführte: „Sie wollen reniten werden... Wir werden Ihnen solche Späße austreiben... Ich sehe nicht ein, und er deutete auf Peter, „worum nur Rörder Ketten tragen sollen... Straßenräuber sind ebenbürtige Gefellen!“ Wenige Minuten später schloß Fabian die kalten Eisen an Hand- und Fußgelenken.

Als sie allein waren, standen sie sich eine Weile wortlos gegenüber. Peter starrte verächtlich auf Boden. „Worum hast du dich vor mir geniert. Ein Kerl wie ich hat für alles Versehen.“

„Ich bin unschuldig“, stöhnte Peter. „Glaub ich dir. Bist ein viel zu junger Dachs, um jemand kalt machen zu können.“

Seit diesem Tage schlossen sie sich noch fester aneinander. Fabian zog aus dem Koppolster seiner Brüstung ein Hofstud, mit dem er die Frau droffelte, die er beraubt hatte. Peter verbarg es in seinem Bett. Sie flüsteren oft miteinander — und dann schrieb der Junge zwei Kaffiber, die Fabian in seinen Schuhen versteckte. Sein Abtransport nach Frankfurt bot Gelegenheit, Nachrichten in die Freiheit zu schmuggeln.

Und wieder kam ein neuer Tag. Bedrückt schlich Peter in der Zelle auf und ab. „Was hast du?“ fragte Fabian. Peter begann zu erzählen, daß er einmal gelesen habe, daß man einem leugnenden Rörder einen Landstreicher in die Zelle gab und durch diesen ein Geständnis entlockte.

„Schlappschwanz... Launemann“, brauste Fabian auf. „Höste Dinge um deins Kaffiber. Ist das dein Vertrauen?“ Er wollte die Schuhe ausziehen, aber Peter wehrte ab:

„Die Angst... die Angst...“ — Erschrocken über seine eigenen Worte verstumte er und sprach fast nichts mehr an diesem Tage.

Nachts. — Beide lagen wach und blickten, wie sich der Wind in den Hausedern fing und an den Säumen riß, die im Hofe standen. Wählich erhob sich Peter und legte sich neben Fabian auf die Brüstung.

„Franz“ bot er, „du bist der einzige Mensch, zu dem ich Vertrauen habe. Du mußt mir helfen.“ Er klammerte sich an den Freund und raunte ihm zu: „Sechs Monate leugnete ich die Tat. Nur du sollst es wissen, daß ich ein Mörder bin...“ Sein Körper bebte. Fabian fasste ihn um die Schulter, er fühlte Tränen über seine Hand rinnen. Peter weinte. Und dann erzählte er, daß er eine reiche Bauernochter heiraten wollte. Marie — eine andere — aber stand dazwischen, die ein Kind von ihm trug. Sie muß weg, dachte er in seiner häuerlichen Einfalt. Eines Abends traf er sie, als sie mit Lebensmitteln auf dem Heimweg war. Sie gingen zusammen nach dem im Dunkel liegenden Bahnhof. Und jetzt geschah es. — Er preßte sie gegen die Wand eines Wartehäuschens und drückte ihr die Kehle zusammen, bis sie tot war. — Die Leiche warf er in einen Bach... Marie wurde gefunden. Der Verdacht fiel auf ihn. Warum? Weil sein Anzug Fuderfäden auswies. Die Leiche war gerissen, als er die Lebensmittel in einem Gebüsch versteckt. —

„Wenn du mir nicht die Kaffiber besorgst, die einige Zeugen zu bestimmten Ausfragen auffordern, bin ich verloren...“ rang es sich aus Peters Brust. Fabian mußte lange auf ihn eindringen, bis er sich beruhigte und endlich einschlief.

Erschüttert lag Fabian neben dem Unglücklichen. Er konnte kein Auge schließen. Immer wieder hörte er die Stunden schlagen und atmete erst erleichtert auf, als der Morgen grante.

Später wurden sie zum Baden gerufen. Fabian weigerte sich und Peter ging allein. Als er zurückkam, war die Zelle leer. Neue Kaffiber warteten den Jungen. Verzweifelt hockte er auf dem Schemel. Gegen Mittag raffelten die Schlüssel an der Tür. — Zur Vernehmung.

Auf dem Tisch des Untersuchungsrichters lagen frisch beschriebene Bogen. Mit müder Stimme sagte dieser: „Peter... Legen Sie ein Geständnis ab...“ Er leugnete aber, wie immer.

Und dann — „Bertrot...“ schrie er auf, als ihm die Kaffiber gezeigt wurden. Ein Beugnen ist zwecklos, denn hier Zellengenosse war der Kriminalkommissar Fabian“ meinte der Richter ernst.

Peter glaubte zu fallen. Seine Augen blickten ins Leere. Er setzte sich auf den Stuhl, den ihm der Wächmeister hinschob und dann las ihm der Untersuchungsrichter Wort für Wort vor, was er in der letzten Nacht gestanden hatte. Der Beamte mußte den jungen Burschen fast in die Zelle zurücktragen. —

Am Abend besuchte ihn der Kriminalkommissar. Der Einundzwanzigjährige sah ihn mit todestraunigen Augen an.

„Franz... Wie konntest du mir das antun... Hast du kein Mitleid, wenn mein Kopf rollt?“ sagte er gedämpft.

„Es ist mein Beruf. Hastest du Mitleid, als du das Mädchen erwürgelt? War sie nicht schwanger von dir?“

Er ließ den Kopf sinken — und sie schieden.

Der Zug hatte die kleine Bahnstadt verlassen. In einem Abteil II. Klasse saß Fabian. Blau — es waren harte, anstrengende Tage gewesen, die ihm kein Beruf auflegte. Er überdachte das Erlebte. — Wie man das Dfenrohr verstopfte, um einen Grund zu finden, Peter in seine Zelle zu stecken. Dachte daran, wie er den Wächmeister passiviert, damit der Junge Farbe bekommen mußte. Und dann — jene furchtbare Nacht, da er gestand... Er hatte als Beamter einen großen Erfolg zu buchen, trotzdem fühlte er sich nicht glücklich. Vielleicht wird er nur zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt... Sein Kopf — wenn er — nein — nicht an diese Möglichkeiten denken. Und er starrte mit müden Augen durch das Fenster des Abteils.

In dieser Stunde hingen aus der Zelle des Gefängnisses an der Bahn schaurige Boule in die Nacht... Ein junger Mensch schrie — wie ein verurteiltes Tier. —

Film und Reflame in Amerika.

Statistische Betrachtungen.

Ueber zwei bedeutende Gebiete, die der Beeinflussung der öffentlichen Meinung dienen, sind in letzter Zeit statistische Daten aus dem Bande der unbegrenzten Möglichkeiten zu uns gedrungen. Der Präsident der amerikanischen Filmgesellschaft Universal Längle veröffentlichte solche interessanten Ziffern über die Filmindustrie, und der Amerikaner Stuart Chase hat ein ganzes Buch herausgegeben unter dem Titel „Die Tragödie der Verschwendung“, das nun auch im Verlage von Oldenburg in deutscher Uebersetzung erscheint, und die amerikanischen Reflamemethoden behandelt. Zunächst die Filmindustrie.

Diese amerikanische Filmindustrie, die heute fast konkurrenzlos die Welt beherrscht, und die, abgesehen vom Gelde, nicht viel Amerikanisches aufzuweisen hat, da ein großer Prozentsatz ihrer Schauspieler und Schauspielerinnen sowie ihrer Regisseure und Filmdehler in Europa geboren ist, diese Filmindustrie hat ein Kapital investiert, das insgesamt 1 1/2 Milliarden Dollar beträgt. Davon entfallen 250 000 000 Dollar, also rund 1 Milliarde Mark auf die Filmindustrie und den Filmverleih selbst, während der größte Teil von 1 1/4 Milliarden Dollar auf die Kinotheater entfällt.

Beim Film sind heute in Amerika rund 300 000 Angestellte beschäftigt, davon 50 000 bei der eigentlichen Filmindustrie, die übrigen bei den Kinotheatern. Die wöchentliche Einnahme der amerikanischen Kinos beträgt rund 50 Millionen Dollar und im nächsten Jahr zählten die Kinotheater eine Besucherzahl von 7 000 000 im Tagesdurchschnitt. Der Durchschnittspreis eines Kinobesuches beträgt also entsprechend den 49 000 000 wöchentlichen Besuchern bei 500 000 Dollar Einnahme etwa 1 Dollar. Entsprechend dem amerikanischen Lebensstandard würde dieser Preis einem Durchschnittspreis in Deutschland von 1 Mark pro Platz entsprechen. Da die Kinotheater in Amerika, insgesamt 250 500, ungefähr 18 1/2 Millionen Plätze aufweisen, so zeigt die Statistik, daß offenbar auch schon in Amerika der angebotene Kinobesucherraum erheblich den Bedarf an Plätzen übersteigt. Auch die amerikanischen Kinos sind, selbst wenn man nur eine Vorstellung für die Berechnung ansieht, höchstens zu einem Drittel besetzt.

Sehr viel interessanter noch sind die Ziffern, die der Amerikaner Stuart Chase über die amerikanischen Reflamemethoden veröffentlicht. Er veranschlagt die Gesamtsumme, die für Inserate, Plakate und sonstige Werbezwecke in Amerika ausgegeben werden, auf 1 284 000 000 Dollar, d. h. auf rund 5 Milliarden Mark, davon entfallen auf die Inserate in den Zeitungen 800 Millionen Dollar, die Zeitungen selbst erhalten also 50 Prozent der gesamten in Amerika aufgewandeten Reflamekosten. Diese Ziffer ist außerordentlich interessant und zeigt, woher die gewaltigen Mittel kommen, die der ameri-

kanischen Presse zur Verfügung stehen, und die ihr eine so übertragende Stellung am Weltmarkt der öffentlichen Meinung gesichert haben. Es wäre außerordentlich interessant, für Deutschland eine ähnliche Statistik aufzustellen, die erkennen läßt, ob das gleiche Verhältnis auch in Deutschland herrscht. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Presse legt die Vermutung nahe, daß in Deutschland das Verhältnis wesentlich ungünstiger ist. Es ist nicht wahrscheinlich, daß auch bei uns die Hälfte aller Reflamekosten in die Kassen der deutschen Presse fließt und so die Wirtschaft selber sich eine gesunde Grundlage für die öffentliche Propagierung der Interessen der Nationalwirtschaft dem Zustand gegenüber schafft.

Der nächstgrößte Posten, der wieder fast ein Viertel der Reflameausgaben verschlingt, entfällt mit 300 Millionen Dollar auf die unmittelbaren Anzeigen, d. h. auf die per seilten Handzettel und die per Post versandten Druckfachen. Für alle anderen Reflameauswendungen verbleibt nur noch ein Viertel der Summe von 1 1/4 Milliarden Dollar, und auch hier stehen an erster Stelle wieder die Organe der öffentlichen Meinung, nämlich die Zeitschriften, in denen für 150 Millionen Dollar Inserate erscheinen. Dazu kommen noch die Hochzeitschriften mit 70 Millionen Dollar und besondere landwirtschaftliche Zeitschriften mit 27 Millionen Dollar.

Insgesamt gibt die amerikanische Wirtschaft an die Presse, d. h. an die Tageszeitungen wie an die Zeitschriften und Hochzeitschriften 847 Millionen Dollar ihrer Reflameausgabe, also mehr als zwei Drittel. Das letzte Drittel wird für Anschlagtafeln, Plakate, Filmvorführungen, Schaufensterauslagen, Straßenbahnreflame usw. verwendet.

So kommt es, daß bei den Zeitungen die Anzeigen 40—75 Prozent des gesamten Umlanges ausmachen. Die großen New-Yorker Zeitungen wie die „New York Times“ bestehen fast immer zu drei Vierteln aus Anzeigen. Diese gewaltige Anpreisung der Inserate in den Zeitungen ist vor allen Dingen auf eine im Jahre 1919 ergangene Verordnung der Regierung zurückzuführen. Nach dieser Verordnung sind Anzeigen nicht steuerpflichtig, sondern als reguläre Geschäftskosten anzusehen und entsprechend abzuhuchen. Die Fabrikanten und Kaufleute ergreifen deshalb die Gelegenheit, ihre Mittel, anstatt sie als einen Teil des Gewinnes in Form von Steuern an die Regierung abzuführen, zu Bergen in Propagandazwecken in den Inseraten der Tageszeitungen und Hochzeitschriften anzulegen, eine Maßnahme, die nicht nur dem einzelnen Unternehmern zugute kam, sondern auch den Ruf vieler amerikanischer Industrieerzeugnisse begründete, und vor allen Dingen der amerikanischen Presse ihr starkes finanzielles Rückgrat gab.

